

Das Kollektiveigentum im italienischen und im österreichischen Recht am Beispiel von Cadore und *Anpezo*

Edoardo D'Alfonso Masarié

1. Einführung: Peripherie und Syntopie – ein paradigmatischer Fall

Über das Thema des Kollektiveigentums an Wald und Weide im Alpenraum ist viel geschrieben worden, sowohl im Allgemeinen als auch in Bezug auf lokale rechtsgeschichtliche Fälle einzelner Territorien. In dieser Hinsicht kann die Betrachtung einer Kontaktzone zwischen österreichischem und italienischem Recht ein neues Licht auf einen spezifischen Fall richten, und zwar auf die Entwicklung in den Talschaften des Cadore und von *Anpezo* (Ampezzo)¹ in den Dolomiten.

Der Fall ist aus mehreren Gründen paradigmatisch. Der Konflikt zwischen traditionellen Gemeinschaften mit ihrer Güterordnung und dem modernen Staat entwickelte sich in diesen Tälern unter besonderen Bedingungen: Mit Österreich

¹ In der vorliegenden Abhandlung werden die Ortsbezeichnungen bewusst in der örtlichen ladinischen Sprache verwendet, so z.B. *Anpezo* anstelle des geläufigeren italienischen *Ampezzo* sowie des Verwaltungsnamens *Cortina d'Ampezzo*. Die bekannteren deutschen und italienischen Bezeichnungen werden als Orientierung für Leserinnen und Leser in Klammern oder anderweitig aufgeführt. Bei offiziellen Amtsbezeichnungen werden hingegen Ortsbezeichnungen in der zum entsprechenden Zeitpunkt geltenden Sprachform belassen, so z.B. für die k.k. *Bezirkshauptmannschaft Ampezzo*.

und Italien waren es nicht nur einer, sondern zwei moderne Staaten, in denen direkt neben- und teilweise nacheinander ein Rechtssystem des kollektiven Eigentums bestand, das historisch einheitlich entstanden war, sich wegen des Kontakts mit unterschiedlichen staatlichen Ordnungen jedoch unterschiedlich entwickelte. Ein in seinem Ursprung einheitliches System des Kollektiveigentums interagierte also zunehmend in einem geografisch kleinen und kulturell homogenen Raum – *Syntopie* – mit zwei modernen Staaten und ihren Vorläufern; dies beförderte eine unterschiedliche, hier zu besprechende Rezeption.

Die *Regoles* in *Anpezzo* und im Cadore konnten sich allerdings, anders als viele Systeme der *Commons* anderswo in Europa, weitgehend bis heute erhalten. Entscheidend war dafür neben metajuridischen Faktoren die Lage dieser Landschaften in der Kontaktzone zwischen unterschiedlichen rechtlichen und staatlichen Ordnungen, also zwischen Österreich einerseits und Venetien bzw. Italien andererseits. Die Abgeschiedenheit – *Peripherie* – begünstigte zweifellos das Fortleben der überlieferten gemeinschaftlichen Modelle, doch ermöglicht wurde dies erst durch die Kopräsenz im gleichen kleinen Raum von unterschiedlichen rechtlichen Rezeptionen sowie durch eine ständige Interaktion mit staatlichem Recht.

Peripherie und Syntopie, also der Kontakt am gleichen, abgeschiedenen Ort mehrerer Ordnungen und mehrerer Arten des Verhältnisses zwischen Kommunität und Modernität, stellen zusammen einen wesentlichen Faktor dafür dar, dass wir heute über Kollektiveigentum im Cadore und in *Anpezzo* nicht nur als historisches Phänomen reden können. Entwicklungen wie die Transformation von den weitgehend autonomen *Communitates* zu den Kommunen staatlichen Rechts fanden hier wegen der peripheren Lage verspätet und anfangs auch kaum spürbar statt. Andererseits ermöglichte der Blick auf die Beispiele der Dörfer auf der jeweiligen Gegenseite einen Erfahrungsaustausch bei gleichzeitiger Bewahrung althergebrachter rechtlicher Formen; das förderte die juridisch schöpferische Flexibilität der lokalen Bevölkerung, die ihr eigenes Recht über die Jahrhunderte selbst mitgestaltet hatte und dies auch weiter unter neuen Rahmenbedingungen tat.

Die vorliegende Abhandlung möchte zunächst das System der *Regoles*, miteinander föderierter Dorfgemeinschaften mit ungeteiltem Eigentum an umliegenden Alpweiden und Wäldern, kurz charakterisieren, dann die getrennten Entwicklungen im Cadore und in *Anpezzo* zwischen dem 16. Jahrhundert und dem Ersten Weltkrieg beschreiben und schließlich einige vergleichende Schlüsse ziehen. Es wird also jener Zeitraum betrachtet, während dessen das untersuchte Gebiet eine Kontaktzone zweier unterschiedlicher Ordnungen – der österreichischen und der italienischen bzw. der ihrer Vorgängerstaaten – war. Diese Kontaktzone löste

sich mit den Grenzverschiebungen infolge des Ersten Weltkrieges auf; zudem endete damit die vierhundertjährige habsburgische Herrschaft über *Anpezo*.

2. Das System der *Regoles* in seinen Grundzügen mit Blick auf den historischen Ursprung

Die Entstehung des Kollektiveigentums im Dolomitenraum reicht bis zum Beginn der Besiedlung zurück.² Während lange Zeit mehrere Meinungen in der rechtswissenschaftlichen Literatur maßgebliche Analogien mit langobardischem Stammesrecht sahen,³ schreibt ein anderer Teil der Forschung die Entstehung dieser Nutzungsform der viel älteren vorrömischen Landnahme zu.⁴ Beide Erklärungsversuche sind sich darin einig, dass es sich um etwas Nichtrömisches handeln muss, trotz der Tatsache, dass die in diesen Gegenden gesprochene ladinische Sprache offenkundig an die römische Zeit erinnert. Es scheint sich bei der Herausbildung der *Regoles* jedoch um eine originelle juristische Schöpfung der Bevölkerung dieser Täler zu handeln, die von keiner fremden Herrschaft auferlegt wurde.⁵

Die Täler des Cadore mit *Anpezo* weisen seit der Verschriftlichung ihres Lokalrechts im 13. Jahrhundert eine ihnen eigene, charakteristische Rechtsordnung auf, dessen zentrales Element das Kollektiveigentum an natürlichen Ressourcen war: Die hochgelegenen Weiden, auf denen Alpwirtschaft betrieben wurde, und die Wälder. Von einer Rechtsordnung kann man insofern sprechen, als das der *Regoles* tatsächlich ein lückenloses System war: Die Dorfgemeinschaft war nicht nur Eigentümerin gemeinsamer Güter, sondern organisierte auf demokratische⁶ Weise das gesamte Dorfleben als eine "rurale kommunitäre Gesellschaft"⁷; sie

² Zum Zusammenhang zwischen Benutzung der hochgelegenen Alpweiden und Besiedlung siehe COLLODO 1987, 366–368.

³ Cf. CACCIAVILLANI 2010c, 10–23; ID. 1988, 27. Die "langobardische These" erfuhr wiederholt Beachtung in der italienischen Rechtsprechung in Bezug auf die zur Debatte stehenden Besitztümer.

⁴ Cf. MERLO 1977, 38–40; BOLLA 1951, 10; RICHEBUONO 1986, 7.

⁵ Cf. COLLODO, 1987, 370.

⁶ Freilich entsprachen diese Ordnung und ihre damaligen Organisationsregelungen nicht einer Demokratie nach heutigen Maßstäben. Das in der Literatur jedoch oft und gern benutzte Attribut einer "Demokratisität" der *Regoles* kann jedoch als eine Kennzeichnung verstanden werden, die sich nur auf die Maßstäbe und die Bedingungen der jeweiligen Zeit bezieht. Unvermeidlich wertend klingende Umschreibungen wie z.B. "proto-" oder "para-demokratisch" sind in diesem Kontext weder angebracht noch sinnvoll.

⁷ MERLO 1977, 45.

war die einzige offizielle Vertretung aller Einwohner nach außen und konnte sich mit angrenzenden Dorfgemeinschaften zusammenschließen, nicht nur für die Nutzung größerer Waldgebiete, sondern auch für die gemeinsame Erfüllung von öffentlichen Aufgaben weltlicher wie kirchlicher Natur. Die Ämter, die der Organisation der Gemeinschaft dienten, wurden wie die Erträge aus dem gemeinschaftlichen Eigentum, nicht selten in Naturalien, unter den Einwohnern verteilt. Schließlich föderierten sich alle *Regoles* des gesamten Cadore zu einer *Communitas*, bald als *Magnifica Comunità* bezeichnet, die die Vertretung des ganzen Territoriums gewährleistete.

Wesentliches Merkmal dieser Ordnung war der kollektive Charakter des Eigentums: Wald und Weide gehörten nicht einer Person, und auch nicht einer Gemeinschaft bestimmter Personen, sondern in ungeteilter Weise der Gemeinschaft aller Einheimischen eines Ortes, was das Überleben im Hochgebirge sicherte. Die Gemeinschaft als Rechtsträgerin wurde eindeutig auch in diachronischer, also Generationen übergreifender Dimension verstanden, sodass grundsätzlich die gemeinsamen Güter unveräußerlich blieben, um das Überleben der aktuellen wie der zukünftigen Einwohnerschaft zu sichern.

Diese Dorfgemeinschaft verwaltete sich selbst nach einem eigenen Statut (*Lando*), das Teilhabe und Teilnahme regelte. Alle *Laudi* des Cadore mit *Anpezo* sahen eine demokratisch-kommunitäre Verfassung mit *Assemblee* und etlichen Wahlämtern vor, die meist jährlich neu zu besetzen waren: Unter ihnen kam dem *Marigo* die Funktion des Oberhauptes der Gemeinschaft zu.⁸ Aufgrund des Begriffs einer "Regelung" (*Regola*) wurde die Dorfgemeinschaft sowohl im Sinne einer Organisation als auch als Trägerin der dinglichen Rechte an den gemeinsamen Gütern verstanden. Die Mitgliedschaft in der *Regola* beruhte nicht auf individueller Basis, sondern auf Grundlage der Familie: In den Quellen ist diesbezüglich oft von "fuochi" die Rede, was vermutlich auf die Formierung einer Familie um den einen Herd ihres Hauses hinweist.⁹ Personen, die nicht ursprünglich aus dem Dorf stammten, blieben trotz des Wohnortes im Dorf von der Teilhabe an den gemeinschaftlichen Gütern ausgeschlossen; eine neue Familie durfte und konnte aber in die *Regola* mit allen Rechten

⁸ Die Amtsinhaber der *Regoles*, die neben der Leitung der Gemeinschaft konkrete Aufgaben in der Beweidung und der Waldarbeit innehatten, wurden einstimmig durch die Versammlung aller Mitglieder gewählt. Weil diese Aufgaben eine beanspruchende Arbeit mit sich brachten, wurden die Ämter in der Regel für nur ein jähriges Mandat verliehen und ihre Übernahme war pflichtig, wie auch die Teilnahme an der Versammlung selbst.

⁹ Cf. CACCIAVILLANI 2010a, 30–31.

und Pflichten aufgenommen werden.¹⁰ Andererseits verloren Einheimische, die aus dem Dorf wegzogen, nicht automatisch ihre Mitgliedschaft in der *Regola*: Bei dauerhaftem Fortzug beantragten diese bei der *Regola* ihrer Herkunft allerdings nicht selten die Auszahlung ihres Anteils, ein Vorgang, der bis ins 19. Jahrhundert durchaus regelmäßig vorkam und der das Wesen dieser Rechtsordnung als kollektiven Eigentums aller einheimischen Einwohner sehr deutlich zum Ausdruck bringt. Neben dem gemeinschaftlichen Eigentum an Hochweiden und Wäldern ist jedoch auch das individuelle private Eigentum an Grund und Boden dokumentiert, besonders in Dorfnähe; die *Regola*, d.h. der gemeinschaftliche Besitz mit seiner kollektivistischen Organisation charakterisierte also nie ausschließlich die Gesellschaft dieser Täler, wenn sie auch ein prägendes Element der Wirtschaft war.¹¹

Die gemeinsame, auf antike Zeiten zurückgehende Nutzung der Weiden und anderer gemeinschaftlicher Güter durch die Einwohner einer Siedlung stellte den Kern, das Fundament der gesamten Ordnung des Cadore mit *Anpezo* dar.¹² Vom

¹⁰ Zugezogene, die seit Langem im Gebiet einer *Regola* wohnten, wurden nicht automatisch nach etwaigen Fristen als ihre Mitglieder aufgenommen, vielmehr bedurfte es einer Prüfung, deren Gestaltung zunehmend an Komplexität gewann. Während für ältere Zeiten eine rein durch die lokale Dorfgemeinschaft beschlossene oder gar formlose Aufnahme zugezogener Einwohner etwa durch Heirat wohl angenommen werden kann, regeln die Quellen bereits in der aquileischen Ära und in der ersten venezianischen Zeit die Prozeduren zur Aufnahme in die Gemeinschaft restriktiver, mit der Notwendigkeit eines einstimmigen Beschlusses der Dorfversammlung, der Zustimmung des gesamt-cadorinischen Rates und der Ablegung eines Treueides auf den Landesherrn. Der Zusammenhang zwischen Teilhabe an den gemeinschaftlichen Gütern und Zugehörigkeitsstatus ist zwar eindeutig, er wurde aber im Laufe der Zeit insofern umgedreht, als die Statutenänderungen und -erweiterungen der venezianischen Ära die Zustimmung des cadorinischen Rates und die Eidesleistung zur Voraussetzung für die Aufnahme in eine konkrete Dorfgemeinschaft und somit für die Teilhabe an ihren Gütern machten. Der einstimmige Beschluss der örtlichen *Regola* blieb zwar notwendig, die Qualität als *cives in Cadubrio* wurde aber so keine Folge dieser lokalen Entscheidung mehr, sondern ihre Bedingung, die durch eine zentralisierte Verleihung des Bürgerstatus gesteuert wurde. Mehr als aus einer allgemeinen Skepsis gegenüber Fremden lässt sich diese Entwicklung erklären mit der angestrebten Bewahrung eines Gleichgewichts zwischen Rechten und Pflichten der Bürger. Das zeigen einige kontroverse Fälle, in denen Zugezogene sich zwar den Kauf von Grundstücken und somit eine Niederlassung in einem Ort leisten konnten, nicht aber in gleichem Maße die Pflichten vor der Gemeinschaft, wie die Übernahme von Ämtern und Arbeiten, pfl egten. Aus dem geht ein Junktim zwischen dinglichen Teilhaberechten, Partizipationspflichten in der *Regola* und Status der Zugehörigkeit zur cadorinischen *Communitas* hervor, das auch die Situation derjenigen Einheimischen bestätigt, die sich für ein geistliches Leben entschieden: Da die Wahrnehmung von Pflichten in den Dorfgemeinschaften durch sie auszuschließen war, gingen Geistliche ihrer Teilhaberechte an den gemeinschaftlichen Gütern verlustig (cf. ZANDERIGO ROSOLO 2022, 102–105; ID. 2013, 70–72).

¹¹ Ausführlich u.a. bei ZANDERIGO ROSOLO 2013, 21; ID. 2022, 59. Verwiesen sei auch auf die umfangreiche Bibliografie dieser Publikationen.

¹² Cf. op. cit., 14; MERLO 1977, 46.

Mittelalter bis in die modernen Zeiten der Interaktion mit den staatlichen Ordnungen wurden an die Organisation des Kollektiveigentums weitere Aufgaben geknüpft, die aus heutiger Sicht als “öffentlich” einzuordnen wären, also Aufgaben in der Rechtsprechung, Normsetzung und Verwaltung dieses Territoriums. Zwischen Ende der Feudalherrschaft im 14. Jahrhundert und dem Beginn der napoleonischen Zeit übten die *Regoles* und die *Comunità di Cadore* bzw. von *Anpezo* die meisten öffentlichen Befugnisse vor Ort aus, basierend auf umfassenden Bestätigungen ihres Partikularrechts seitens der jeweiligen Landesfürsten, im Gegenzug zur Anerkennung ihrer Oberhoheit sowie des landesherrlichen Rechts auf Kontrolle.¹³

Bereits unter der Feudalherrschaft des Hauses *Da Camino*,¹⁴ im 13. Jahrhundert, verwies die landesfürstliche Rechtsprechung bei Klagen, die die Benutzung der kollektiven Güter im Cadore zum Gegenstand hatten, auf das autonome Ortsrecht.¹⁵ In die gleiche Zeit fiel auch die erste Kodifizierung der cadorinischen Rechtsordnung mit den *Statuta de Cadubrio* aus dem Jahr 1235.¹⁶ Nach dem Aussterben der *Da Camino* im Mannesstamm erlebte das Cadore eine spürbare Stärkung seiner Autonomie: 1338 ließ der Allgemeine Rat der *Comunità* das dortige Recht durch neue *Statuta* kodifizieren,¹⁷ und zwar anlässlich der Huldigung (*Dedizione*)¹⁸ an Karl von Luxemburg, Markgraf von Mähren, den späteren Kaiser Karl IV., und an seinen Bruder Johannes, Graf von Tirol *iure uxoris* als Ehemann der Gräfin Margarete von Tirol. Karl bestätigte, im Gegenzug zu seiner Anerkennung und mit dem Versprechen der militärischen Verteidigung, die cadorinischen Statuten von 1338, die eine weitgehende Autonomie des Landes und eine föderative Verfassung als Zusammenschluss der *Regoles* all seiner Dörfer unter der Oberhoheit des Hauses Luxemburg vorsahen. Wenig später, im Jahre 1347, setzte Karl, mittlerweile römisch-deutscher König sowie König von Böhmen, den Patriarchen von Aquileia als säkularen Lehnsherrn über das Cadore ein,¹⁹ welches schon *ad antiquo* kirchlich zu Aquileia gehörte²⁰ und dadurch auch weltlich an das Friaul angegliedert wurde. Im gleichen Jahr

¹³ Über diesen Zusammenhang schon in feudaler Zeit cf. COLLODO 1987, 375.

¹⁴ Cf. hierzu op. cit., 361–365.

¹⁵ Cf. ZANDERIGO ROSOLO 2022, 17.

¹⁶ Cf. op. cit., 171.

¹⁷ Cf. op. cit., 181.

¹⁸ Cf. op. cit., 411.

¹⁹ Cf. op. cit., 416.

²⁰ Cf. COLLODO 1987, 353.

verfassten die Cadoriner eine neue *Dedizione*, diesmal an den regierenden Patriarchen Bertrand de Saint-Geniès, welcher neben den mittlerweile üblichen Bestimmungen ihnen auch das Recht einräumte, die Statuten zu revidieren und zu novellieren.²¹

In der Zeit der direkten Herrschaft unter dem Patriarchat von Aquileia (1347–1420) konsolidierten sich die Statuten des Cadore und kamen zu ihrer Vollendung.²² Begründet und kodifiziert wurde dadurch eine umfassende Rechtsordnung mit Bestimmungen von der Staatsorganisation und dem materiellen Strafrecht bis hin zum Handelsrecht und der Ausübung der Justiz. Den Kern bildeten jedoch weiterhin die Normen über die gemeinsamen Güter, die zum Teil direkt auf die Statuten von 1235 zurückgingen und auch in der späteren Entwicklung den Rahmen stellten, innerhalb dessen die Autonomie der einzelnen *Regoles* mit ihren *Laudi* gewahrt und gepflegt wurde.

3. Die *Regoles* und der entstehende moderne Staat: das Cadore unter der Herrschaft von Venedig bis zur Eingliederung in das Königreich Italien

Das staatliche Gebilde der Patriarchen von Aquileia wurde 1420 aufgelöst, und so kam das gesamte Friaul, einschließlich des Cadore, zur Republik Venedig, bei der es – mit Ausnahme des 1511 an Tirol abgetretenen Gebietes von *Anpezo*²³ – bis zum Fall der *Serenissima* 1797 blieb. Den Geschicken Venetiens folgte das Cadore auch weiter: Nach der zwar nicht langen, aber für das hier behandelte Thema sicher folgenreichen napoleonischen Ära und der nachfolgenden Zeit als Teil Venetiens unter der Herrschaft des österreichischen Kaiserreichs, wurde die Region ab 1866 in den italienischen Nationalstaat integriert, zu dem sie nach wie vor gehört. So trat das Rechtsinstitut der cadorinischen *Regoles* in Kontakt mit unterschiedlichen Rechtsordnungen, die sich allmählich zu modernen Staatswesen entwickelten, wie zuerst die Seerepublik des Markuslöwen und später das nationalstaatliche Königreich Italien.

²¹ Cf. ZANDERIGO ROSOLO 2022, 18.

²² Cf. op. cit., 20.

²³ Cf. den späteren Abschnitt zu *Anpezo*.

3.1 Das Cadore unter der Herrschaft der Republik Venedig (1420–1797)

Mit der Eroberung Aquileias im Jahr 1420 durch Venedig zerriss für das Cadore endgültig die Verbindung mit dem Heiligen Römischen Reich; das Gebiet wurde in den Herrschaftsbereich der *Serenissima* eingegliedert. Obwohl die *Dedizione* propagandistisch als eine freiwillige, beinahe fröhliche Übergabe des Cadore an Venedig dargestellt wurde,²⁴ sollte dieser Vorgang eher nüchtern betrachtet werden. Offenbar verstanden die damaligen Vertreter des kleinen Landes im Gebirge rasch die Eindeutigkeit der machtpolitischen Lage und erkannten die neue Herrschaft zur Vorsicht lieber gleich an. Jedenfalls wurde das Cadore ohne Kampfhandlungen an die Venezianer übergeben, im Gegenzug erkannten diese in vollem Umfang die örtlichen Statuten und Gesetze an, wie sie sich unter dem Patriarchat konsolidiert hatten und weiter kodifiziert wurden;²⁵ Venedig setzte sich lediglich als oberste weltliche Autorität an die Stelle der Patriarchen. Auch die administrative Zugehörigkeit zum Friaul wurde von den Venezianern nicht angetastet.²⁶

Das Interesse des Cadore am Erhalt seines alten Rechts mitsamt Kollektiveigentum an Wald und Weide und die existenziellen Interessen Venedigs hatten einen wesentlichen gemeinsamen Punkt: das Holz. Das Cadore als Landschaft mit großen Wäldern verfügte über Holz in beachtlichen Mengen, und die alt-hergebrachte Forstwirtschaft ermöglichte eine sehr umsichtige Bewirtschaftung dieser Ressource. Nach unseren heutigen Begriffen würden wir von einem nachhaltigen Umgang mit dem erneuerbaren Rohstoff Holz sprechen. Für Venedig war Holz Staatsräson: Die Lagunen-Stadt war buchstäblich auf Holzpfehlern erbaut, ihre Handels- und Kriegsflotte, d.h. das Herz ihrer Macht und ihres Erfolges, bestand aus Holz. Der Holzhunger Venedigs war seit je kaum zu stillen. Der Fluss Piave, dessen Einzugsgebiet mit Haupt- und Nebentälern im Wesentlichen dem Gebiet des Cadore entspricht, garantierte über Jahrhunderte eine direkte Handelsroute nach Venedig. Ursprünglich mündete der Fluss direkt in die Lagune, bis er im 18. Jahrhundert umgeleitet wurde und seitdem unweit der eigentlichen Lagune ins offene Meer fließt. Der Holzhandel war für beide Seiten – sowohl für die mächtige und weltläufige *Serenissima*

²⁴ Cf. das allegorische Bildnis von Cesare Vecellio über die *Dedizione* im Palast der *Magnifica Comunità di Cadore* zu Pieve di Cadore.

²⁵ Cf. ZANDERIGO ROSOLO 2022, 20. Zur Aufrechterhaltung bisherigen Rechts auch in anderen Gebieten des untergegangenen Fürstpatrichats siehe BARBACETTO/LORENZINI 2017, 352.

²⁶ Cf. das Ultimatum für die *dedizione* vom 05.07.1420, in: ZANDERIGO ROSOLO 2022, 422.

als auch für die in der *Magnifica Comunità* föderierten kleinen Dörfer – schlichtweg vital. So wird einerseits die Bestrebung Venedigs nach einer kriegesischen Übernahme des alten Staatswesens der Patriarchen besser verständlich, andererseits aber auch das konkrete Interesse der Seerepublik, das eroberte Gebiet so schnell und so effektiv wie möglich zu befrieden und dauerhaft an sich zu binden. Dies schloss offenbar auch die Beibehaltung der traditionsreichen Rechtsordnung im Cadore ein, samt dem Institut des Kollektiveigentums an Wald und Weide und der mit ihm verbundenen gemeinschaftlichen Organisation der gesamten dortigen Gesellschaft.²⁷ Das Cadore gewann seinerseits mit Venedig einen sicheren Geschäftspartner, der mit dem Holzhandel für einen gewissen Wohlstand sorgte und zudem aus sehr konkreten Gründen gewillt war, die Sicherheit der Region langfristig zu garantieren. Zudem hatte das Cadore nach dem Zusammenbruch des Fürstpatriarchats keine wirkliche Alternative: Die Interessen der Landesfürsten im Norden – in der Grafschaft Görz etwa oder im bereits von den Habsburgern beherrschten Tirol – waren ganz anders gelagert. Da ging es eher um die Sicherung der strategisch bedeutsamen Alpenpässe als um ein wirtschaftliches Interesse am Holz der Dolomitentäler. So war die *Dedizione* des Cadore an Venedig wohl eher eine Vernunfttehe als eine freudig getroffene freie Wahl; doch immerhin konnte das kleine Land die Anerkennung der örtlichen Statuten durchsetzen.²⁸

Mit Ausnahme der kriegesischen Auseinandersetzungen zwischen 1508 und 1511, die die Ausgliederung des *Anpezo* vom Cadore und der Republik Venedig und seine Abtretung an die habsburgische Grafschaft Tirol zur Folge hatten,²⁹ verliefen die fast 400 Jahre venezianischer Herrschaft im Cadore ohne große Verwerfungen. Seit 1444 wurde jedoch der *Capitano*, der Burghauptmann mit militärischen und exekutiven Aufgaben, nicht mehr vom Rat der Gemeinschaft gewählt, sondern von Venedig ernannt.³⁰ Auch die Bemühungen um eine systematisierende Kodifizierung und inhaltliche Novellierung der Statuten und Gesetze des Cadore, die im 15. und 16. Jahrhundert vorgenommen wurden, kamen teils aus den Reihen der cadorinischen Würdenträger, teils aber von der

²⁷ Zur Erläuterung einiger Punkte des Privilegs vom 08.02.1421, cf. ZANDERIGO ROSOLO 2022, 423–424.

²⁸ Dass das Verhältnis freilich ein ungleiches war und dass Venedig in Wirklichkeit das Cadore zur Übergabe zwang, wenn auch unter Anerkennung der angestammten Rechte, bestätigte auch ein Schreiben des Dogen an die Gemeinschaft des Cadore (Burghauptmann, Vikar und Rat) vom 05.07.1420, angeführt in: ZANDERIGO ROSOLO 2022, 422.

²⁹ Cf. den späteren Abschnitt zu *Anpezo* (Kap. 4.1).

³⁰ Cf. ZANDERIGO ROSOLO 2022, 27–28.

venezianischen Autorität, und zwar durch die Hauptleute, die eine gewisse Steuerung dieser Erneuerungen im Sinne Venedigs betrieben.³¹

Unter der Herrschaft Venedigs wurde das Merkmal der Unveräußerlichkeit der gemeinschaftlichen Güter in der cadorinischen Rechtsordnung klar und deutlich ausgeprägt. Die Unveräußerlichkeit wurde zwar mehrmals in Beschlüssen des Allgemeinen Rats des Cadore für die gesamte Gemeinschaft bekräftigt, dieses Merkmal wurde aber auch "von unten" durch Normsetzung und Rechtsprechung der *Regoles* in einzelnen Dörfern erstritten und durchgesetzt. Denn der Usus, Weide- oder Waldgrund aus dem gemeinschaftlichen Vermögen an einzelne Mitglieder einer *Regola* zu vergeben, war alt und diente vielen Interessen, auch den finanziellen der Dorfgemeinden.³² Die mit der Zeit zunehmende Beweglichkeit und auch ein gewisses Wohlstandsgefälle zwischen Dörfern und Tälern hatten jedoch dazu geführt, dass einige Güter aus dem eigentlich ungeteilten Eigentum der Dorfgemeinschaften von *Regolieri* an Dritte verkauft wurden, sei es an andere Einwohner der gleichen Gemeinde, einer anderen cadorinischen Gemeinde oder gar an Auswärtige, und dies verletzte das Eigentumsrecht der *Regola* an den Grundstücken und letztlich an ihrem eigenen Bestand, denn das gemeinsame Vermögen sollte das Überleben all ihrer Mitglieder sichern.³³

Die Streitigkeiten im Cadore über die Veräußerung gemeinschaftlicher Wälder kamen 1604 der Regierung in Venedig zu Ohren, die an mehreren Stellen in die Geschehnisse ihrer nördlichen Provinz intervenierte.³⁴ Am 29.09.1605 statuierte der *Collegio* der Republik, dass von da an alle gemeinschaftlichen Waldgrundstücke im Cadore in keinsten Weise veräußert werden dürften: "[...] non possano essere quovismodo affittate, impegnate over allienate, ma restar debbano sempre ad uso

³¹ Cf. ausführlich op. cit., 27–47.

³² Die Rechtsetzung gegen die Veräußerung von Rechten an den Gütern der *Regoles*, die häufig bei Verschuldung oder Vererbung und ohne Zustimmung der Gemeinschaft stattfand, blieb grundsätzlich eine reaktive. Insbesondere mit der Zunahme von Bevölkerung und Geschäftsverkehr ab dem 14. Jahrhundert gewann die Thematik an Bedeutung und Brisanz. Einer Verkleinerung des gemeinsamen Vermögens versuchte man vielerorts durch Prozeduralisierung und Verschriftlichung der Rechte der *Regolieri*, ihrer Inhaberschaft und Übertragung entgegenzutreten. Eine adäquat eindämmende Antwort gelang beispielsweise im 16. Jahrhundert in *San Vido* mit der Einführung eines Katasters der *Regolieri* und ihrer Rechte, welcher bis zur napoleonischen Zeit gepflegt und aktualisiert wurde (cf. ZANDERIGO ROSOLO 2013, 77–78 und 462–495).

³³ Cf. ausführlich op. cit., 73.

³⁴ Zu den Gründen des *favor* Venedigs für den Erhalt der gemeinschaftlichen Güter, nicht nur im Cadore, cf. BARBACETTO/LORENZINI 2017, 351.

pubblico e privato di essi comuni”.³⁵ Die Unveräußerlichkeit der gemeinsamen Wälder war dadurch mit höchster legislativer Autorität festgelegt. Der *Collegio* verfügte außerdem, dass jede lokale Bestimmung, die gegen die Unveräußerlichkeit verstoßen würde, als nichtig zu erklären sei, weil unvereinbar mit den cadorinischen Statuten, die das Land regierten: alle Verfügungen, die “[...] esser fatte contro la forma delli statuti della comunità et ordini pubblici [e] debbono essere da loro provveditori cassate, tagliate et annullate, come è giusto e conveniente, ritornando esse vizzate [d.h. ‘Waldungen’] nelli medemi comuni”.³⁶

Neben den Entscheidungen aus dem fernen Venedig sind jedoch die Beschlüsse einzelner *Regoles* über die Unveräußerlichkeit des Kollektiveigentums von großem Interesse. Diese reichen vom 13. bis ins 17. Jahrhundert und zeugen vom lokalen Willen, die gemeinschaftliche Rechtsordnung zu bewahren, ihre rechtlichen Konturen zu schärfen und sie auch durchzusetzen. Auch lokale Kataster wurden in dieser Zeit eingeführt, beispielweise schon ab dem Jahre 1581 durch die *Regoles* von *San Vido* (San Vito di Cadore), um Besitz- und Eigentumsverhältnisse sicher zu dokumentieren.³⁷ Wer Schlupflöcher in die gemeinsame Rechtsordnung einbauen oder solche ausnützte wollte, um gegen Bezahlung gemeinschaftliche Güter aus dem Kollektiveigentum zu erwerben, wurde sanktioniert: So kassierte der im Dienst der cadorinischen Kommunität stehende Richter Vittore Falce 1632 diejenigen Bestimmungen des neuen *Lando* der Dorfgemeinde Candide, die großräumig eine Veräußerung gemeinschaftlicher Güter erlauben sollten.³⁸ An den Rand des Schriftstückes schrieb er neben die gestrichene Passage: “Viso suprascripto capitulo de alienatione bonorum communalium, iustis et rationabilibus causis animum meum moventibus, ipsum delendum esse duxi”.³⁹

Mit der Unveräußerlichkeit des Kollektiveigentums eng verbunden war die Frage nach dem rechtlichen Titel, die die *Regoles* über ihre Güter hatte. 1652 verfügte die Republik Venedig für ihr gesamtes Gebiet die Abhaltung eines Zensus der kommunalen Güter: Auch den *Marighi* des Cadore wurde mitgeteilt, sich binnen Monatsfrist nach Venedig zu begeben mit einer Liste aller kommunalen Güter, “die sie genießen, um [dort im Namen des Dogen] Investitur und Privileg über

³⁵ Cf. *Discipline del governo di Cadore* vom 10.06.1606, in: ZANDERIGO ROSOLO 2022, 446.

³⁶ Op. cit., 447.

³⁷ Cf. Id. 2013, 77 sowie 462–463.

³⁸ Op. cit., 79.

³⁹ *Lando nuovo del Comun di Candide*, 25.03.1630/28.10.1631, Anm. RdNr. 39, in: op. cit., 214.

diese zu bekommen”.⁴⁰ Damit begannen lange Verhandlungen zwischen der Vertretung des Cadore und der venezianischen Regierung, die sich um das Herzstück der cadorinischen Ordnung drehte, also um die Frage, ob der Landbesitz der *Regoles* “staatliches”, d.h. in der damaligen Terminologie “fürstliches” (i.e. landesherrliches) Eigentum sei, das als solches erfasst werden musste und aufgrund eines – expliziten wie impliziten – landesherrlichen Privilegs in den Genuss der Dorfgemeinschaften gekommen war, oder ob es sich um ein freies, kollektives Eigentum dieser Dorfgemeinschaften handelte. Es ging also um die Frage der Natur dieser Güter, ob sie kommunal, d.h. Eigentum der Gemeinde als Körperschaft der untersten staatlichen Ebene waren, oder allodial, d.h. ein Eigengut, über das die Gemeinschaften als Eigentümerinnen frei von staatlicher Unterordnung verfügten und das ausschließlich ihrem eigenen Recht unterworfen war.

Betrachtet man die Dokumente und Schriftstücke dieser Verhandlungen,⁴¹ so ist eindeutig zu erkennen, dass die Cadoriner die Frage in ihrer weitreichenden Konsequenz für den Fortbestand ihrer Ordnung genau durchschaut hatten. Sie konnten zwar 1654 in Venedig keine explizite Anerkennung der Allodialität ihrer Güter erreichen, die Dogenregierung bestätigte ihnen aber am Karnevalsmontag desselben Jahres schriftlich eine Ausnahme vom Zensus der kommunalen Güter, was einer impliziten Anerkennung gleichkam.⁴² Dies bedeutete freilich nicht, dass die *Regoles* nun frei über ihre Güter verfügen durften, denn diese gleichwohl implizite Anerkennung fand innerhalb der besonderen Rechtsordnung des Cadore statt, also gemäß den durch das Fürstpatriarchat und dann von Venedig anerkannten Statuten, nach denen die gemeinschaftlichen Güter unveräußerlich waren. Unveräußerlichkeit und Allodialität erwiesen sich dadurch als die zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Die Anerkennung des allodialen Status der gemeinschaftlichen Güter im Cadore ist außerdem im Gesamtpanorama der Konsolidierung gemeindlichen Eigentums im staatlichen Ärar zu sehen, die im spätbarocken Venedig vorangetrieben wurde. Die dem Cadore gewährte Ausnahme war zwar nicht die einzige, denn auch andere randständige Territorien der *Serenissima*, wie Gemeinden der nördlichen Lagunen (Grado) oder im Po-Delta (Loreo, die Stadt Adria, das Polesine), konnten ihr althergebrachtes Gemeinschaftseigentum

⁴⁰ Cf. op. cit., 87. Zur “graziosa investitura” cf. auch BARBACETTO/LORENZINI 2017, 357–358.

⁴¹ Cf. ZANDERIGO ROSOLO 2013.

⁴² Cf. op. cit., 89.

aufrechterhalten.⁴³ Dennoch bescheinigt die unterschiedliche Behandlung solcher Sonderfälle an der Peripherie die Abweichung von einer Tendenz, die im venezianischen Kernland mit großer Entschiedenheit vorangetrieben wurde⁴⁴ und offenbar zwei Ziele verfolgte: Die Stärkung der Kontrolle zentraler Behörden über das Territorium und den finanziellen Erlös, den sich die Staatskasse bei Veräußerungen der unter zentrale Kontrolle gebrachten Gemeinschaftsgüter versprach.⁴⁵ Neben den politischen Beweggründen, im nördlichsten Gebiet der Republik keine unnötigen Spannungen aufkommen zu lassen, um die dort aus der Sicht Venedigs gut laufende Holzwirtschaft nicht zu beeinträchtigen,⁴⁶ spielte durchaus die juristische Einordnung die ausschlaggebende Rolle: Die gemeinschaftlichen Besitztümer im Cadore waren nach dem altherbrachten Recht keine gemeindlichen, sondern gemeinsame Güter (*beni comunali* vs. *comuni*), die unteilbar den vor Ort lebenden Menschen und nicht den Körperschaften gehörten.⁴⁷ Der Ausschluss von zugezogenen Bewohnern – besser gesagt, die Eigenständigkeit in der Entscheidung über den Beitritt neuer Familien zur Gemeinschaft – und die Fernhaltung zentralisierender Bestrebungen fußten also auf dem gleichen Prinzip des ungeteilten Eigentums einer Gesamtheit von Menschen über diese Güter.⁴⁸ Damit lagen schon zu spätbarocker Zeit alle Argumente auf dem Tisch, die auch die späteren Auseinandersetzungen prägen sollten: Mit der Anerkennung der Allodialität der Gemeinschaftsgüter gingen die Eigenständigkeit dieser Gemeinschaften, aber auch die grundsätzliche Unveräußerlichkeit ihres Vermögens und die Aufrechterhaltung tradierter Wirtschaftsmodelle einher. Andere gewichtige Gründe sprachen aber auch durchaus gegen dieses Modell, nämlich die Stellung der Zugezogenen, die nicht selten mit dem Zuzug verbundene Eröffnung neuer wirtschaftlicher Aussichten mit dementsprechenden finanziellen Vorteilen für das Ärar und

⁴³ Cf. BARBACETTO 2008, 157. Der Autor ordnet die erlangte Sonderstellung der cadorinischen Gemeinschaftsgüter in das Gesamtbild des Umgangs mit Gemeinschaftsgütern in der Republik Venedig ein.

⁴⁴ Cf. op. cit., 101 und 161–162. Der Autor stellt anhand seiner Gesamtbetrachtung fest, dass die Konsolidierungspolitik gemeindlicher Besitztümer je nach Ort mit unterschiedlicher Intensität und Konsequenz betrieben wurde, und zwar grundsätzlich entschiedener auf der *Terraferma* nahe der Hauptstadt Venedig und eher lasch in der Peripherie.

⁴⁵ Cf. op. cit., 170; BARBACETTO/LORENZINI 2017, 353–354 und 357.

⁴⁶ Cf. BONAN 2017, 455.

⁴⁷ Cf. BARBACETTO 2008, 159, besonders FN 315, wonach mit venezianischer Senatsentscheidung vom 12.05.1757 erneut der Unterschied zwischen gemeindlichen und gemeinsamen Gütern anerkannt wurde. Zur Bedeutung der Unterscheidung zwischen *comuni* und *comunali* im venezianischen Recht auch aus späterer Perspektive, cf. BONAN 2017, 447–448.

⁴⁸ Cf. hierzu am Beispiel anderer Territorien unter venezianischer Herrschaft DOTTI 2017, 417–444.

nicht zuletzt die grundsätzliche Frage der zentralstaatlichen Kontrolle über das Territorium – also die von JELLINEK postulierte “Gebietsherrschaft”.⁴⁹

3.2 Das Schicksal des Kollektiveigentums im Cadore in der Zeit zwischen den napoleonischen Reformen und der österreichischen Fremdherrschaft (1797–1866)

Der Italienfeldzug der französischen *Armée d'Italie* unter Napoleon Bonaparte verwickelte auch den Nordosten Italiens in die Umbrüche der Zeit nach der Französischen Revolution. Die altherwürdige Republik Venedig wurde zu Fall gebracht (15.05.1797), im Frieden von Campoformio (17.10.1797) wurden ihre Territorien zwischen der französisch kontrollierten Cisalpinischen Republik und dem Kaiser und Erzherzog von Österreich aufgeteilt. Habsburg bekam ganz Venetien östlich der Etsch, wozu auch das Cadore gehörte.

Die erste kurze österreichische Herrschaft (1798–1805) war eher geprägt von materiellen Nöten als von systemischen Veränderungen und brachte anfangs keine großen Neuerungen für das Cadore und seine Rechtsordnung. Eine erste Neuigkeit gab es 1804, als der österreichische Statthalter in Venedig dem von der *Comunità di Cadore* gewählten Gerichtsvikar anfänglich die Bestätigung verweigerte.⁵⁰ Ein erster Vorgeschmack auf die Durchsetzung des staatlichen Machtmonopols, das sich rasch entfalten sollte. Allerdings musste der österreichische Kaiser zunächst mit dem 4. Artikel des Friedens von Preßburg (26.12.1805)⁵¹ seinen Teil des einstigen venezianischen Staates an das napoleonische Königreich Italien abtreten, zu welchem sich die Cisalpinische Republik mittlerweile entwickelt hatte.

So kam 1806 das ehemals venezianische Cadore zum napoleonischen Staatsgebilde Italiens.⁵² Die Regierung in Mailand verfolgte eine Politik der Modernisierung und Verwirklichung der nach-revolutionären Ideale:⁵³ So erließ sie bereits

⁴⁹ JELLINEK 1905, 385–386. Hier beleuchtet der Autor die öffentlich-rechtliche Gebietsherrschaft (“Imperium”) auch mit Blick auf die Eigentumsverhältnisse.

⁵⁰ Cf. FABBIANI 1972, 117.

⁵¹ In: Kgl.-bair. RegBl. 1806, 49; wörtlich auch in: KLETKE 1860, 161.

⁵² Zum Erlass vom 01.05.1806 laut Dekret vom 30.03.1806 “che unisce al Regno d'Italia gli Stati Veneti e crea in esso dodici Ducati Gran-Feudi dell'Impero Francese”, cf. Text in: “Bollettino delle leggi del Regno d'Italia” (BLRI), 1806, 280. Unter den von Napoleon kreierte kaiserlich-französischen Titularherzogtümern ist auch das Cadore aufgelistet (Art. 1 III Nr. 4).

⁵³ Cf. DAL CIN 2019, 95.

am 09.04.1806 ein Dekret, das die Vereinheitlichung des Rechts zwischen alten und neuen Territorien vorantrieb, indem es den Geltungsbereich des *Code Napoléon*⁵⁴ sowie wichtiger verfassungs-, währungs-, kirchen- und verwaltungsrechtlicher Vorschriften des Königreichs beinahe ab sofort auch auf Venetien ausweitete.⁵⁵ Dadurch⁵⁶ wurde auch die Verwaltungs- und Kommunalordnung des italienischen Königreichs⁵⁷ in Venetien eingeführt, die das Gemeindewesen umfassend neu ordnete und möglichst lückenlos Normen über Regierung, Finanzen und Vermögen der Gemeinden einheitlich bestimmte.⁵⁸ Demnach war kein Raum mehr für örtliche Autonomie und Sonderbestimmungen vorhanden: Die *Magnifica Comunità di Cadore* entsandte eine Delegation gar zum Kaiser der Franzosen und seinem Vizekönig für Italien, um die Bewahrung ihrer alten Autonomie zu erbitten, das Gesuch blieb jedoch ohne Erfolg.⁵⁹ Auch die uralte *Magnifica Comunità* als Zusammenschluss aller cadorinischen Gemeinden fiel der neuen Einteilung in *Dipartimenti*, *Distretti* und *Cantoni* nach französischem Muster zum Opfer, was nicht nur allgemein zu einer größeren Fragmentierung der Verwaltung führte, sondern auch das Cadore in seiner Einheit als administrative Körperschaft zerbrach. Auch die Ziehung der Gemeindegrenzen folgte nicht immer den bisherigen Grenzen der in den *Regoles* organisierten Dorfgemeinschaften; das hatte teils bis heute andauernde Folgen, da die Trennung einstiger Gemeinschaften ihr Vermögen auf unterschiedliche staatliche Gemeinden verteilte, oder umgekehrt die Zusammenführung von Gemeinden dazu führte, dass einzelne Ortsteile ein Vermögen eigenen Rechts an Grund und Boden beanspruchten.⁶⁰ Das Cadore wurde außerdem vom Friaul, dem es schon seit der Römerzeit angehört hatte, getrennt und mit dem neugeschaffenen Departement *della Piave* mit dem Hauptort Belluno vereint.⁶¹

⁵⁴ Der *Code Napoléon* wurde im italienischen Königreich laut Dekret vom 18.01.1806 ab dem 01.04.1806 eingeführt, siehe dazu: "BLRI", 1806, 2.

⁵⁵ Hierzu "BLRI", 1806, 393: Laut "Decreto che estende agli Stati veneti gli Statuti Costituzionali [...]" vom 09.04.1806 trat die Verordnung ab dem 01.05.1806 in Kraft. Weitere Gesetze des napoleonischen Königreichs Italien wurden 1806 gesondert für die hinzugewonnenen Territorien publiziert und in Kraft gesetzt.

⁵⁶ Art. I Nr. 6 des Dekrets vom 09.04.1806.

⁵⁷ Siehe "BLRI", 1805, 141: "Decreto sull'Amministrazione pubblica e sul Comparto territoriale del Regno" vom 08.06.1805.

⁵⁸ Art. 18 ff. des Dekrets vom 08.06.1805.

⁵⁹ Cf. FABBIANI 1972, 118–119.

⁶⁰ Cf. op. cit., 120.

⁶¹ Cf. hierzu: "Decreto riguardante l'organizzazione in dipartimenti degli Stati Veneti" vom 29.04.1806, in: "BLRI", 1806, 388.

Neben den Bestimmungen über Regierung, Einteilung und Finanzen der Gemeinden brachte die Gemeindeordnung des napoleonischen Italiens schwerwiegende Folgen auch für das althergebrachte Gemeingut der Einwohnerschaft an Wald und Wiese im Cadore mit sich. Offenbar wurde die napoleonische Regierung in Mailand auf die Rechtsverhältnisse der Gemeinden in Venetien aufmerksam und machte sich entschlossen ans Werk, die eigene Gesetzgebung ohne Rücksicht auf alte Gegebenheiten durchzusetzen. Am 25.11.1806 wurde ein Dekret erlassen,⁶² welches bereits in seinem Titel die Stellung zugezogener Einwohner gegenüber den ursprünglichen Einheimischen ansprach und in der Sache eindeutig Partei gegen die alten Rechte der letzteren ergriff. Das Dekret übertrug das gesamte Vermögen der Gemeinschaften der “antichi Originarj”, also der ursprünglichen Einheimischen, auf die neuen staatlich organisierten Gemeinden (Art. 1). Den alten Einwohnern wurde zwar die Möglichkeit gegeben, den Kauf “col loro proprio denaro” (“mit ihrem eigenen Geld”) im Rahmen eines Verwaltungsverfahrens zu beweisen (Art. 2), dies wurde jedoch an zahlreiche Bedingungen und Ausnahmen geknüpft (Art. 3 bis 6), sodass bis auf wenige Fälle den staatlich organisierten Gemeinden das Eigentum über die alten Güter der Einwohner-Gemeinschaften zuerkannt wurde. Es handelte sich also für das Cadore um eine vollumfängliche Aufhebung der *Regoles* und ihrer Ordnung: Die Dorfgemeinschaften samt ihrem kollektiven Eigentum gingen in den staatlichen Gemeinden auf, die jedoch keine autonomen Kommunitäten mit eigenem Recht und eigenem allodialeem Vermögen mehr waren.

Die Änderungen der vergleichsweise kurzen napoleonischen Ära (1806–1814) erwiesen sich als dauerhaft. Mit der Einordnung der Gemeinden in die staatliche Verwaltung als deren unterste Ebene, der Aufhebung eines Pluralismus der Rechtsetzung zugunsten eines staatlichen Rechtsetzungs- und Machtmonopols, sowie der Überholung der rechtlichen Relevanz für das staatliche Recht – etwa von Kriterien wie der historischen Abstammung der Bevölkerung oder auch der Zugehörigkeit zur Familie als eigenständige Rechtseinheit, – setzten sich staatsrechtliche Verhältnisse nach modernen Maßstäben durch. Dazu kam die Beseitigung des ungeteilten Kollektiveigentums als Eigentumsform zugunsten einer klaren Zweiteilung zwischen privatem und öffentlichem Eigentum. Unter diesen Rahmenbedingungen hatte die alte autonome Organisationsform, die das ungeteilte und unveräußerliche Kollektiveigentum der Einheimischen an den natürlichen Ressourcen ihrer Territorien vorsah, verbunden mit der Ausübung

⁶² “Decreto sul modo di terminare le questioni vertenti fra gli antichi e nuovi originarj dei comuni degli Stati ex-Veneti” vom 25.11.1806, Nr. 225, in: “BLRI”, 1806, 1025.

öffentlicher Gewalt für die Verwaltung dieses Gemeingutes, schlechterdings keinen Platz mehr.

Erstaunlich mag aus späterer Sicht wirken, wie die cadorinische Bevölkerung nicht nur ihre gesamte eigene Rechtsordnung, sondern insbesondere ihr kollektives Eigentum an den weiten Wäldern und Weiden dieser Täler offenbar widerstandslos aufgab. Das mag damit zusammenhängen, dass die Verwalter und Vertreter der neuen Gemeinden oft die gleichen Personen waren, die bis kurz zuvor den *Regoles* in den jeweiligen Dörfern vorgestanden hatten,⁶³ sodass eine Unterscheidung zwischen alten Dorfgemeinschaften und neuen staatlichen Gemeinden vielen als reine Wortklauberei erschien. Die Einwanderung in diese Täler blieb außerdem lange Zeit höchstens episodisch, sodass die stabile Zusammensetzung der Bevölkerung den Eindruck einer Stabilität der Verhältnisse vermittelt haben mag. Wahr ist auch, dass Normen und Regelungen aus dem alten System vorerst weiterhin eingehalten und gepflegt wurden, meist als nicht verschriftlichtes Gewohnheitsrecht.⁶⁴ Dennoch bleibt es erstaunlich, wie eine noch im 17. Jahrhundert kreative Rechtsordnung, die ihre lokalen Rechte wie die Unveräußerlichkeit und den allo-dialen Charakter des Kollektiveigentums zäh verteidigt hatte, geradezu implodierte und die Neuerungen der napoleonischen Zeit passiv hinnahm.

Auch nach dem Zusammenbruch der napoleonischen Herrschaft und der Rückkehr Venetiens samt dem Cadore zur Krone Österreichs ließ die neue Obrigkeit die erwähnten Grundsätze moderner Staatlichkeit weiter walten. In Venetien wurde keine Restauration vergangener Verhältnisse versucht, sondern im Gegenteil die strenge zentralisierte Kontrolle des Landes beibehalten und weiter verfolgt, was einer Fortsetzung des napoleonischen Ansatzes gleichkam;⁶⁵ eine Wiederbelebung örtlicher Autonomie war kaum denkbar. So überlebten auch während des halben Jahrhunderts der zweiten Herrschaft Österreichs in Venetien (1814–1866) Elemente aus der alten Ordnung der cadorinischen *Regoles* eher im ungeschriebenen Gewohnheitsrecht oder auf der Ebene einiger Gemeinden; Bestrebungen zu einer umfassenden Anerkennung der Eigentumsrechte der einheimischen Gemeinschaften für die ganze Region blieben jedoch aus.⁶⁶

⁶³ Cf. ZANDERIGO ROSOLO 2013, 94.

⁶⁴ Cf. *ibid.*

⁶⁵ Cf. ID. 2010, 94. Der Autor spricht explizit von einem kontinuierlichen “settantennio franco-austriaco” in der Politik hinsichtlich der kommunalen Güter und Besitztümer in Venetien.

⁶⁶ Es gab durchaus einige lokale Versuche, das kollektive Eigentum der einheimischen Einwohner wieder herzustellen, so etwa im Jahr 1829, als die Gemeinden des nördlichen Cadore (*Distretto di Auronzo*) einen

Wenn man jedoch retrospektiv die Zeichen eines eher stillen und unterschwelligeren Weiterlebens der gemeinschaftlichen Ordnung betrachtet, kann die Hypothese formuliert werden, dass in der nach-napoleonischen Zeit dieses Phänomen von einigen metajuridischen Faktoren begünstigt wurde. So waren alle Ortschaften, in denen aus späterer Sicht die Fortgeltung der gemeinschaftlichen Ordnung festgestellt werden kann, weit von den wichtigen Verkehrswegen nach Süden entfernt: Das bedeutete nicht nur eine langsamere Durchsetzung von neuen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen, sondern auch eine größere Stabilität in der Zusammensetzung der Bevölkerung, was für ein System, das auf der Stabilität der einheimischen Einwohnerschaft fußt, von zentraler Bedeutung ist. Die Verkehrslage begünstigte außerdem eine neue kapitalistische Art der Forstwirtschaft, die nunmehr über die Ressourcen aus dem einstigen Kollektivvermögen an Wäldungen verfügte und rasch wachsen konnte. Schließlich soll die Profitabilität der Alpweiden auch nicht unterschätzt werden, denn die Fortsetzung der alten Bewirtschaftung, insbesondere der hohen Alpweiden, kann eben eher dort beobachtet werden, wo das einstige gemeinschaftliche, nun aber gemeindliche Vermögen größere Ertragskraft für die Einwohner selbst aufwies.⁶⁷

So ist das Bild der nach-napoleonischen Epoche durchwachsen: Einerseits war sie vielerorts, im Cadore wie darüber hinaus, eine Zeit der Aufgabe des einstigen Kollektiveigentums und seiner Organisationsformen, andererseits erwies sich die alte kollektivistische Ordnung mancherorts doch als überlebensfähig und konnte einen Weg in die neuen Zeiten finden. Wo die alte Ordnung verschwand, ist die Ursache sowohl in der rechtlichen Aufhebung der ursprünglichen Verhältnisse zu suchen, als auch in den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformationen, die damit einhergingen. Gleichzeitig erlaubten die normativen Bedingungen keine spontane Entstehung neuer kollektivistischer Verhältnisse, sodass die alte angestammte Ordnung entweder gänzlich verschwand oder aber auf mittlerweile gemeindlichem Boden stillheimlich überlebte. Die im napoleonischen, habsburgischen sowie dann im späteren savoyischen Venetien gültigen Normen sahen keine örtlichen Organisationsformen vor, die von den staatlichen Gemeindeordnungen abwichen, auch nicht eine alte, autonome Einwohnergemeinschaft mit ihrem Kollektiveigentum. Solche Einrichtungen hatten nach modernem Verständnis keine öffentlich-rechtliche Natur mehr.

Rekurs beim Kaiser einreichen; die Haltung der österreichischen Regierung für Venetien blieb jedoch ablehnend und bestätigte, dass die Eigentumsrechte an Wäldern und Weiden bei den unter staatlicher Aufsicht stehenden politischen Gemeinden lagen. Cf. dazu ID. 2013, 94.

⁶⁷ Cf. dazu RONZON 1876, 76; ZANDERIGO ROSOLO 2013, 107.

3.3 Das Cadore vom österreichischen Venetien zum italienischen Nationalstaat

Im Jahr 1866 wurde Venetien mit dem Cadore in der Folge des Preußisch-Österreichischen Krieges bzw. des Dritten Italienischen Unabhängigkeitskrieges in den jungen italienischen Nationalstaat unter der Krone der Savoyer eingegliedert. Das Königreich Italien trieb die Rechtsvereinheitlichung dezidiert voran.⁶⁸ Ab dem 01.09.1871 wurde auch in Venetien der italienische *Codice civile* von 1865 anstelle des österreichischen ABGB eingeführt,⁶⁹ während die Gemeindeordnung – ebenfalls von 1865⁷⁰ – bereits zum Jahresende 1866 auf Venetien ausgeweitet worden war.⁷¹

Insbesondere dieses Gesetzeswerk bot den Orten, wo Elemente des Kollektiveigentums überlebt hatten, erstmals eine neue positivrechtlich formulierte Chance. Denn die neue italienische Gemeindeordnung statuierte zwar (Art. 112), dass das gemeindliche Vermögen “in der Regel” gepachtet werden solle,

in den Fällen aber, in denen die besonderen Bedingungen vor Ort dies erfordern, darf der Gemeinderat der Allgemeinheit der Einwohner der Gemeinde gestatten, das Erzeugnis in Naturalien aus ihren Gütern weiterhin zu genießen; er hat jedoch eine Satzung zu erlassen, die die Bedingungen für die Benutzung festlegt und sie von der Bezahlung einer Gebühr abhängig macht.⁷²

Einige Gemeinden des Cadore machten von dieser Möglichkeit Gebrauch. Bemerkenswert für das Überleben der *Regoles* durch kommunale Satzungen in der savoyischen Zeit bis zum Ersten Weltkrieg sind insbesondere die Gemeinden der cadorinischen *Oltreciusa*. Neben den bereits erwähnten metajuristischen Faktoren machte die direkte Grenzlage zum kaiserlichen Österreich und zu den dortigen ladinischen “Schwester”-Gemeinden⁷³ diese Dörfer aus

⁶⁸ Cf. dazu ausführlich CACCIAVILLANI 2010b, 147.

⁶⁹ Cf. CAZZETTA 2018, 9.

⁷⁰ Anhang A zum Gesetz vom 20.03.1865, Nr. 2248, in: G.U. vom 08.05.1865, Nr. 110.

⁷¹ Art. 259 R.D. vom 02.12.1866, Nr. 3352, in: G.U. vom 08.12.1866, Nr. 337, suppl. 1–2.

⁷² Art. 112 Abs. 2: “Legge sull’Amministrazione comunale e provinciale”, Anhang A, Gesetz 2248/1865 (Übersetzung des Autors). Die Norm wurde für die Provinzen Venetiens im Art. 112, Anhang des R.D. 3352/1866 bestätigt und später in alle nachfolgenden Fassungen der Gemeindeordnung der monarchisch-liberalen Ära übernommen: Art. 141 T.U. R.D. 5921/1889, Art. 159 T.U. R.D. 164/1898, Art. 175 T.U. R.D. 269/1908, Art. 178 T.U. R.D. 148/1915. Erst die Gemeindeordnung der faschistischen Ära regelte die Materie grundsätzlich neu (Art. 84–86 T.U. R.D. 383/1934).

⁷³ Die Verweise auf die gemeinsame historische Wurzel der Regelungen über das Kollektiveigentum finden sich im ausgehenden 19. Jahrhundert sowohl im tirolischen *Anpezo* als auch im zu Venetien gehörenden Cadore.

Sicht des italienischen Einheitsstaates noch randständiger; gleichzeitig erwiesen sich die Kontakte zwischen den beiden Seiten der Staatsgrenzen als sehr fruchtbar. Jedenfalls verwendeten diese Satzungen über die Nutzung kommunaler Güter nicht nur großräumig eine Rechtsterminologie und Prozeduren für die gemeinschaftliche Benutzung, die unmittelbar den alten *Regoles* und ihren Statuten entlehnt waren, sondern wiesen auch materiell-rechtlich Elemente einer Fortgeltung der ursprünglichen Ordnung auf:⁷⁴ Die Beschränkung auf die einheimischen Einwohner, die Familie anstatt des Individuums als maßgebliches Kriterium für die Teilhabe an den Gütern und ihren Erträgen und auch für die Teilnahme an der gemeinsamen Verwaltung, die Unveräußerlichkeit des gemeinschaftlichen (und nun wohl gemeindlichen) Vermögens “zugunsten der kommenden Generationen”.⁷⁵

Mit der Möglichkeit einer neuen Formalisierung der einstigen kollektiven Ordnung durch kommunale Satzungen wurde das Interesse an diesen Themen wiedererweckt. Ein Disput über Natur und Nutzung der einstigen gemeinschaftlichen Güter zeichnete sich in der Rechtswissenschaft, der Verwaltung und vor den Gerichten⁷⁶ ab und dauerte schließlich mehrere Jahrzehnte bis zum Ende des Faschismus an. Neben den kommunalen Satzungen, die Terminologie und Bestimmungen aus den alten *Regoles* verwendeten, spielte auch die gesetzlich eigenständige Stellung der Ortsteile (*Frazioni*) gegenüber der Gesamt-Gemeinde⁷⁷ eine Rolle, da ihnen die Möglichkeit separater Haushalte und Vermögen eingeräumt wurde, was das Über- und Weiterleben alter Strukturen und Vermögensverhältnisse begünstigte.

Damit hatten die *Regoles* des Cadore zumindest teilweise die Folgen der napoleonischen Aufhebung überlebt und einen Weg in die Moderne gefunden. Die großen territorialen Landgewinne, die der italienische Staat nach dem Ende des Ersten Weltkrieges gerade im Alpenraum erreichen konnte, bedeuteten für das gesamte Dolomitengebiet eine Neuordnung, die vom italienischen Faschismus rasch durch eigene Normsetzungen vorangetrieben wurde. Diese Betrachtung würde den Rahmen des vorliegenden Beitrages übersteigen. Als sich nach dem

⁷⁴ Cf. dazu ZANDERIGO ROSOLO 2013, 107.

⁷⁵ Cf. Comune di San Vito di Cadore, *Regolamento per l'uso dei beni comunali*, vom 15.11.1892, sowie vom 16.11.1904; Belege in: ZANDERIGO ROSOLO 2013, 496–.

⁷⁶ Cf. op. cit., 99.

⁷⁷ Cf. Art. 16, Anhang A zum Gesetz 2248/1865, sowie die Regelungen in den erwähnten Neufassungen der italienischen Gemeindeordnung der monarchisch-liberalen Ära.

Ende des Faschismus aber endlich ein neuer Weg für die Anerkennung der Selbstständigkeit der ursprünglichen Gemeinschaften dieser Täler gegenüber den staatlich organisierten Gemeinden anbahnte, fing das ausgerechnet mit einem Rechtsstreit zwischen einer Gemeinde und einer ihrer Fraktionen an.⁷⁸

4. Die *Regoles* und der entstehende moderne Staat: Österreich und *Anpezo*

Eine Betrachtung der Rezeption des Kollektiveigentums im italienischen und österreichischen Recht erfordert nun einen Schritt zurück in die Geschichte, um die österreichische Entwicklung in Bezug auf dieses Thema in den Blick zu bekommen. Dafür eignet sich das Gebiet von *Anpezo*, das unmittelbar ans Cadore grenzt, zu dem es *ab antiquo* bis zur folgenreichen Abtretung an Tirol im Jahr 1511 auch gehörte. So verbindet das Cadore und das Gebiet von *Anpezo* unter anderem ein System des Kollektiveigentums um die *Regoles*, das im ungeteilten Alt-Cadore entstand, verschriftlicht und anerkannt wurde, jedoch später bis 1918 unterschiedlichen Herrschaften und Staatsgebilden ausgesetzt war.

4.1 *Anpezo* als Teil Tirols in den habsburgischen Landen (1511–1805)

Zur historischen Prämisse: In der von Kriegen geprägten ersten Hälfte des *Cinquecento* war die italienische Halbinsel Schauplatz und Austragungsort einer Reihe von militärischen Allianzen, Kämpfen und Strategiespielen. In der im Jahr 1508 in Cambrai geschlossenen Liga verbündeten sich Papst Julius II. Della Rovere, der römisch-deutsche König und spätere Kaiser Maximilian I. aus dem Hause Habsburg, Ludwig XII. von Frankreich und andere europäische Mächte gegen die Republik Venedig, um deren wachsenden Machtansprüchen entgegenzutreten. Der auslösende Faktor des eigentlichen Krieges der Liga von Cambrai, des sogenannten Großen Venezianerkrieges (ab 1509), spielte sich just in den Bergen des Cadore ab: Maximilian, der am 04.02.1508 im Dom von Trient zum Kaiser gewählt worden war, sich aber den Durchzug zur Krönung nach Rom durch die Republik Venedig verwehrt sah, brach noch im gleichen Monat mit seinen Truppen in die Täler des unter venezianischer Herrschaft stehenden Cadore ein und ließ die beiden Burgen der Region, das *Castello di Cadore* nahe des Hauptortes Pieve di

⁷⁸ Cf. ZANDERIGO ROSOLO 2013, 113–114.

Cadore, und die Feste *Botestagno* (Peutelstein)⁷⁹ in *Anpezzo* an der Grenze zur habsburgischen Grafschaft Tirol besetzen.⁸⁰ Nachdem im März 1508 die Venezianer das gesamte Cadore wieder erobert hatten (Schlacht bei Rusecco), brachten die Kaiserlichen im Oktober 1511 *Botestagno* erneut unter ihre Kontrolle;⁸¹ und zwar nahm der Kaiser höchstpersönlich die Burg am 21. Oktober ein und ritt zu den Dörfern von *Anpezzo* weiter. Dort schworen ihm die Familienoberhäupter des Tales treue Gefolgschaft, während Maximilian in seiner Amtswürde als Graf von Tirol im Gegenzug die Privilegien der Ampezzaner, also die Gültigkeit der bisherigen cadorinischen Statuten anerkannte.⁸² Infolge der zeitweisen Befriedung zwischen den Erben Maximilians und Ludwigs XII. – Karl von Habsburg, Herzog von Burgund, dem späteren Kaiser Karl V., und Franz I. von Frankreich (Frieden von Noyon am 13.08.1516 und von Brüssel am 03.12.1516)⁸³ – wurde die Abtretung von *Anpezzo* von Seiten Venedigs an das Reich auch vertraglich besiegelt.⁸⁴ Wenig später übertrug Kaiser Karl V. seinem Bruder Ferdinand, Erzherzog von Österreich, die Herrschaft über Tirol (Vertrag von Brüssel am 07.02.1522), wodurch die Geschicke des Landes einschließlich von *Anpezzo* endgültig mit Österreich verbunden wurden.

Die Landnahme von *Anpezzo* durch Kaiser Maximilian I. im Jahr 1511 ist für die vorliegende Betrachtung in doppelter Hinsicht zentral. Einerseits wurde somit das Becken von *Anpezzo*, bis dahin integraler Bestandteil des Cadore, Teil der habsburgischen Erblande und trat also in das österreichische Staatsgebilde ein, bei dem es – bis auf die Unterbrechung der napoleonischen Zeit – bis zum Ersten Weltkrieg bleiben sollte. Andererseits erkannte der Kaiser die örtlichen Privilegien, also das System der *Regoles*, an. Dies bedeutete den Beginn eines parallelen Kontaktes dieser Rechtsform mit zwei unterschiedlichen Rechtsordnungen: Während die *Regoles* des um *Anpezzo* verkleinerten Cadore (ab 1511) sich weiter mit der Oberhoheit und dem Recht der Republik Venedig und ab dem späten 19. Jahrhundert mit dem italienischen Nationalstaat konfrontiert sahen, lebten die *Regoles* von *Anpezzo* nun in Österreich weiter, und zwar in einem hier nun zu

⁷⁹ Cf. hierzu MERIAN 1679, 91.

⁸⁰ Cf. BELLÌ 1973, 70; RICHEBUONO 1993, 142.

⁸¹ Cf. dazu ausführlich BERTOLDI LENOCI 2012.

⁸² Cf. RICHEBUONO 1994, 13; BELLÌ 1974, 60; BRESCIANI 1953, 36–38.

⁸³ Cf. dazu ausführlich HENNE 1858, 164.

⁸⁴ Cf. BELLÌ 1973, 86; RICHEBUONO 1993, 160–161. Trotzdem versuchten die Cadoriner weiter, selbst am Rande der Kaiserkrönung Karls V. in Bologna 1530, das verlorene Land wiederzuerlangen, was ihnen freilich nicht gelang (cf. FABBIANI 1972, 118–120).

behandelnden Zusammenspiel mit dem österreichischen Recht. Eines sei hierzu bereits vorweggenommen: Angesichts des Ausmaßes dieser historischen Zäsur kann es kaum verwundern, dass diese Zweiteilung bis in die Gegenwart Folgen für die Entwicklung der *Regoles* zeitigt.

Die ersten Jahrhunderte der österreichischen Herrschaft in *Anpezo* verliefen friedlich für die *Regoles*, deren Bestand und Anerkennung von kaiserlicher bzw. Tiroler Seite mehrmals bestätigt wurde.⁸⁵ Das eigentliche Recht der Grafschaft Tirol, das in der umfassenden Landesordnung von 1573 neu geordnet worden war, fand auf *Anpezo* keine Anwendung.⁸⁶ Förderlich für diese lokale Besonderheit – *Anpezo* regierte sich unter den eigenen Statuten nahezu republikanisch,⁸⁷ wenngleich unter habsburgischer Oberhoheit, mit gemeinschaftlichen, nicht feudalen Eigentumsverhältnissen⁸⁸ – war wohl die Befriedung des Konfliktes zwischen den Großmächten Venedig und Österreich:⁸⁹ Bis auf kleine Grenzstreitigkeiten zwischen der ampezzanischen und den cadorinischen *Regoles* über das Eigentum an einzelnen Wäldern und Weiden verlief die Zeit bis zu den napoleonischen Wirren in diesen Bergtälern ohne große nennenswerte Verwerfungen.⁹⁰ Die langfristige machtpolitische Gesamtlage im östlichen Alpenraum ermöglichte also im Kleinen den Ampezzanern die Bewahrung ihres älteren örtlichen Rechts unter einem neuen Landesherrn. So mag die Aufgabe der Burganlage von *Botestagno* (1752) in der Bevölkerung von *Anpezo* vor allem als Befreiungsschlag von der deutschsprachigen Obrigkeit empfunden worden sein, sie war aber vor allem aufgrund der Übertragung der bisherigen justitiellen und administrativen

⁸⁵ Cf. BELL 1973, 125; RICIEBUONO 1993, 170.

⁸⁶ Cf. BEIMROHR 1994, 49; cf. auch PAUSER/SCHENNACH 2018, 11.

⁸⁷ Der deutsche Gelehrte Friedrich Karl Gottlob HIRSCHING beschrieb in seinem „Allgemeinen Archiv für Länder- und Völkerkunde“ (1791) *Anpezo* als „kleine Republik in Tirol“, die „unter anderen beibehaltenen Privilegien auch jenes [hat], sich nach ihren eigenen Gesetzen, welche sie mit den Kadoberanern [sic] hat, zu regieren“. Die Beschreibung Hirschings mag überzogen oder teils idealisiert sein, sie vermittelt jedoch einen guten Eindruck dessen, wie die Autonomie von *Anpezo* wahrgenommen und von einem „gelehrten Reisenden“ wiedergegeben wurde. Auch beschrieb er zutreffend, wie der Holzhandel in *Anpezo* „keinem insbesondere [gehört], sondern einem Fond dient, woraus sie [die Einwohner] alle dergleichen und mehrere andere gemeinschaftliche Beschwerden bestreiten“ (cf. HIRSCHING 1791, 220–226).

⁸⁸ Cf. LORENZI 2003, 327.

⁸⁹ Nach dem Ende des Venezianerkrieges und dem erwähnten Frieden von Noyon (1516) blieb die gesamte Grenze zwischen Venedig und dem Reich nahezu unverändert und bis auf das kurze Zwischenspiel des lokalen Gradiscaner Krieges (1615–1617) befriedet. Das änderte sich erst mit dem Ende der Republik Venedig im Jahr 1797.

⁹⁰ Cf. op. cit., 327.

Befugnisse des Burghauptmannes in die Verantwortung der Talgemeinde⁹¹ für eine rechtliche Betrachtung der *Regoles* von Bedeutung, und zeugt außerdem von der entspannten Lage im Grenzgebiet zwischen Österreich und Venedig. Ohne diese außenpolitische Entspannung wäre wohl eine solche Beibehaltung und gar Stärkung des autonomen Statuts von *Anpezo* innerhalb der Grafschaft Tirol kaum vorstellbar gewesen.

Die zweite Hälfte des 18. Jahrhundert markierte also möglicherweise den Höhenpunkt der rechtlichen Autonomie von *Anpezo* auf der Grundlage der *Regoles*; allerdings mehrten sich auch die ersten Anzeichen späterer Entwicklungen. Denn die Herausbildung eines modernen Staatsverständnisses erfolgte nicht nur in der ausgehenden Zeit der Republik Venedig, sondern auch, noch um Einiges deutlicher, in den habsburgischen Erblanden. Die österreichischen Herrscher dieser Zeit unternahmen große Anstrengungen, alle möglichen rechtlichen Besonderheiten der Länder und Territorien mehr und mehr zu beseitigen und die staatliche Einheitlichkeit zu fördern.⁹² Die von Kaiserin Maria Theresia als regierender Erzherzogin anvisierte allgemeine Steuerpflicht setzte eine allgemeine Landesvermessung aller Grundstücke samt der dazugehörenden dinglichen Rechte voraus.⁹³ Für Tirol und somit auch für *Anpezo* wurde der Kataster mit Patent vom 06.08.1774 eingeführt, die Vermessungsarbeiten dauerten insgesamt ein ganzes Jahrzehnt,⁹⁴ sie wurden in *Anpezo* jedoch erstaunlich rasch im Jahre 1775 erledigt.⁹⁵ In das „Theresianische Gültbuch“ wurde für die ampezzanischen Wälder die „Gemeinde“ als Grundeigentümerin eingetragen, die *Regoles* indessen nur als Inhaberinnen von Holzungs- und Weiderechten auf diesem Grund, während für die Hochweiden nur die *Regoles* als Eigentümerinnen eingetragen wurden.⁹⁶ Diese Eintragung der „Gemeinde“ als Eigentümerin der Wälder fiel offenbar nicht auf, wohl aufgrund der zu der Zeit noch selbstverständlichen Allgemeingültigkeit des gemeinschaftlichen Systems, wonach die „Gemeinde“ als Gesamtheit aller *Regolieri* verstanden wurde, die nicht nur das Kollektiveigentum an Wald und Weide, sondern auch umfassende öffentliche wie kirchenrechtliche Befugnisse vor Ort innehatte.⁹⁷ Es handelte sich hier also

⁹¹ Cf. RICHEBUONO 1977, 166–167.

⁹² Cf. BEIMROHR 1994, 52.

⁹³ Cf. DROBESCH 2009, 165.

⁹⁴ Cf. ROTTLEUTHNER 1883, 17.

⁹⁵ Cf. RICHEBUONO 1993, 275.

⁹⁶ Cf. op. cit., 279.

⁹⁷ Cf. RICHEBUONO 1977, 154.

nicht um einen “verhängnisvollen Fehler” der Verfasser des Katasters, sondern um eine Kollision zwischen zwei unterschiedlichen Rechtssystemen und -mentalitäten: Das gemeinschaftliche Recht aus den Statuten des Alt-Cadore, in dessen Logik “die Gemeinde” richtigerweise nur als der Zusammenschluss aller *Regoles* und ihrer Mitglieder verstanden werden konnte, weswegen die Eintragung der Gemeinde in den Kataster wohl völlig unproblematisch geklungen haben mag, prallte auf das Recht eines entstehenden modernen Staates, in dem eine klare Trennung zwischen einer Gebietskörperschaft und Gemeinschaften aus alleingewesenen Personen zur Geltung kam. Zudem ging es um die Unterscheidung zwischen Gemeindevermögen (also dem Ärar)⁹⁸ und dem Privateigentum der Einwohner.

Mit dem Josephinischen Grundsteuer-Regulierungspatent von 1784, das auf die Einführung eines einheitlichen Steuersystems auf der Grundlage des realen Ertrages landwirtschaftlicher Flächen abzielte, erhielt dann der Staat erstmals einen länderübergreifenden, präzise auf der Erfassung von Flächen basierten Überblick über die Besitzverhältnisse an Grund und Boden.⁹⁹ Kaiser Joseph II. formulierte außerdem deutlich die dieser Staatsmodernisierung zugrunde liegenden Ansichten, “dass der Boden und nur der Boden die staatlichen Bedürfnisse zu befriedigen vermag und dass kein Unterschied zwischen den Besitzungen der Menschen, welchem Stand sie auch immer angehören mögen, bestehen dürfe”.¹⁰⁰

Anders als in der im 16. Jahrhundert abgewendeten Einordnung der cadorinischen Wälder als souveränes Eigentum des venezianischen Staates¹⁰¹ versuchten also die Verfasser des Theresianischen Katasters nicht, das Eigentum des ampezzanischen Bodens sozusagen “nach Wien zu überschreiben”, sondern blieben *mutatis mutandis* der Anerkennung der ampezzanischen Rechtsbesonderheit treu und legten folglich die “Gemeinde” als Eigentümerin fest. Dieser Eintrag stellte trotzdem den Keim späterer Verwerfungen dar, weil ihm zwei unterschiedliche Rechtsverständnisse von “Gemeinde” zugrunde lagen. Die Einführung des Katasters bedeutete zudem, auch wenn die Errichtung der Gemeinden im modernen öffentlich-rechtlichen Sinne erst später erfolgte, konzeptionell für Anpezo einen ersten Einbruch der *Regoles* als Institution mit universellem Anspruch als Gemeinschaft aller Einheimischen und markierte den Beginn der Verlagerung

⁹⁸ Cf. SCHENNACH 2015, 35.

⁹⁹ Cf. DROBESCH 2009, 167.

¹⁰⁰ Kabinettschreiben vom 24.11.1783 an Graf Kollowart, in: LEGO 1968, 16.

¹⁰¹ Cf. ZANDERIGO ROSOLO 2013, 87.

von gemeinschaftlichem Eigentum ins Privatrecht. Damit begannen für die ampezzanischen *Regoles* in ihrer ursprünglichen Form auch die Schwierigkeiten mit der Einordnung dieser Rechtsform in die moderne Auffassung des Eigentumsbegriffs, mit der Merkmale wie die Unveräußerlichkeit oder die Pflichtzugehörigkeit auf familiärer Basis schwer zu vereinbaren sind.

4.2 *Anpezo* unter dem Königreich Bayern und im napoleonischen Italien (1806–1813)

Die Wirren der napoleonischen Zeit brachten nicht nur das Ende der Republik Venedig (1797) mit sich, was für das Cadore nach fast vierhundertjähriger venezianischer Herrschaft schließlich zur Eingliederung in einen ersten Staat Italien napoleonischen Zuschnitts führte; auch die habsburgischen Gebiete der Dolomiten mussten sich mit neuen Entwicklungen auseinandersetzen. Mit dem 8. Artikel des Friedens von Preßburg (26.12.1805)¹⁰² musste der österreichische Kaiser das Land Tirol, einschließlich der mittlerweile säkularisierten Hochstifte Brixen und Trient, an Bayern abtreten. Mit der wenig später in Paris beschlossenen Konföderations-Akte (12.07.1806)¹⁰³ traten außerdem “die Staaten Ihrer Majestät des Königs von Bayern” aus dem alten Heiligen Römischen Reich deutscher Nation aus. So wurde mit Tirol auch *Anpezo* bayerisch und von Österreich und dem Reich getrennt.

In Bayern hatte die Neuordnung des Staates nach modernen Maßstäben schon vor den Gebietsgewinnen in der napoleonischen Zeit begonnen. Bereits im Frühjahr 1802 wurde durch Kurfürst Maximilian Joseph, den späteren ersten König, die flächendeckende Errichtung der Landgerichte mit umfassenden Verwaltungs- und Justizbefugnissen verordnet¹⁰⁴

in der vollkommenen Überzeugung, dass die gute Besetzung und Einrichtung derjenigen Ämter und Stellen, welchen die unmittelbaren Vollziehung der landesfürstlichen Verordnungen übertragen ist, zu den notwendigsten Bedingungen gehört, unter welchen Unsere Regierungsgrundsätze dem Lande den Nutzen und Wohlstand verschaffen können.¹⁰⁵

¹⁰² In: kgl.-bai. RBl. 1806, 49; wörtlich auch in: KLETKE 1860, 161.

¹⁰³ In: kgl.-bai. RBl. 1807, 47; wörtlich auch in: KLETKE 1860, 177.

¹⁰⁴ Höchst-landesherrliche Verordnung, die Einrichtung der Landgerichte betreffend, vom 24.03.1802, in: Churpfalzbaier. RBl. 1802, 196–199 und 211–224.

¹⁰⁵ Op. cit., 196.

Es handelte sich hier um die heute sogenannten Landgerichte “älterer Ordnung”, die neben der eigentlichen Rechtsprechung auch mit Verwaltungsaufgaben betraut waren.

Nach der Abtretung Tirols an das Königreich Bayern wurde diese in Altbayern bereits vollzogene Reform noch im Jahre 1806 per königlicher Verordnung auch auf Tirol ausgeweitet.¹⁰⁶ Die Intention des Gesetzgebers war dabei offensichtlich, dass sämtliche Verwaltungs- und Justizkompetenzen, die vor Ort nach althergebrachtem Recht ausgeübt wurden, an die neuen Behörden übergehen sollten. Doch ausgerechnet dieses Stück bayerischer Gesetzgebung überliefert ein wichtiges Indiz, wie die gemeinschaftliche ampezzanische Ordnung ihr Weiterleben sichern wollte (Art. 33/10): Das neue Landgericht in Bruneck (damalige Schreibweise: Bruneggen) im Pustertal sollte nämlich aus unterschiedlichen, untergeordneten Gerichten bestehen, einige davon unmittelbar landesfürstlich, andere weiterhin in der Hand örtlicher Grafen, “und [dem Gericht] Ampezzo, das den Gemeinden angehört”. Aufgrund der besonderen geografischen Lage jenseits der großen Alpenpässe und der Tatsache, dass *Anpezo*, wie das angrenzende einst brixnerische *Fodom* (Buchenstein),¹⁰⁷ “im Winter oft mehrere Monate außer Kommunikation mit Bruneggen gesetzt ist”, so wollte der bayerische Gesetzgeber “in Ampezzo aber den von der Gemeinde besoldeten Richter belassen”.¹⁰⁸ So trug selbst Bayern während der entschiedenen Staatsmodernisierung in der Montgelas’schen Zeit zumindest vorerst der Besonderheit von *Anpezo* Rechnung, und unterschied zwischen Behörden in unmittelbar landesfürstlicher Hand und einer sich orts- und gewohnheitsrechtlich definierenden “Gemeinde”. Es sei übrigens darauf hingewiesen, dass bei der Beschreibung des Gerichts Ampezzo die Pluralform gebraucht wurde, dieses Gericht gehöre “den Gemeinden”, heißt es da. Das steht in Einklang mit der überlieferten Rechtslage in *Anpezo*, wonach die *communitas* des ganzen Tales aus elf unterschiedlichen Ortschaften bestand, nämlich den *Regoles*. Es handelt sich bei der auffälligen Verwendung der Pluralform wohl kaum um einen sprachlichen Schnörkel des Verfassers, sondern vielmehr um eine feinste rechtliche Begriffsbestimmung, die möglicherweise auf die fundierten Kenntnisse der lange habsburgischen und nun bayerisch gewordenen Innsbrucker Landeskanzlei

¹⁰⁶ Königliche allerhöchste Verordnung, die Organisation der Landgerichte und Rentenämter in Tirol betreffend, vom 21.11.1806, in: kgl.-bai. RBl. 1806, 449.

¹⁰⁷ Über Stellung, Zusammensetzung und Befugnisse des bis zur Säkularisierung 1803 fürstbischöflich-brixnerischen Gerichts Buchenstein siehe RICHEBUONO 1981, 127–131.

¹⁰⁸ Kgl.-bai. RBl. 1806, 455.

zurückzuführen ist. Außerdem setzte die Verordnung über die Organisation der neuen Landgerichte das gemeindeeigene Gericht von *Anpezo* mit den adeligen Patrimonialgerichten gleich, wiederum ein Zugeständnis an den überlieferten Zusammenhang zwischen Grundbesitz und Ausübung öffentlicher und souveräner Befugnisse, der die ältere Ordnung prägte.¹⁰⁹ Dies ist ein zusätzliches Zeichen dafür, dass der Begriff der “Gemeinde” nach jener Ordnung nicht im modernen Sinne die unterste kommunale Ebene des Staatsaufbaus meinte, sondern etwas Eigenständiges war, ein Gebilde *jure proprio* mit autonomer Verwaltung seines Vermögens, und als solches in Beziehung zum Landesfürsten und dessen Recht stand.

Dass jedoch die bayerische Regierung der Montgelas’schen Zeit grundsätzlich nicht beabsichtigte, diese ältere Ordnung bestehen zu lassen, zeigen die wenig später eingetretenen weiteren Veränderungen. So wird 1808 für ganz Bayern eine nach einheitlichen Standards geregelte “Bildung der Gemeinden” angeordnet.¹¹⁰ Laut dem Reformgeber ist

die Gestaltung der Gemeinden eine notwendige Maßregel sowohl zur organischen Ausbildung des Staatskörpers und seiner Teile als [auch] zur Vereinfachung und Erleichterung der Staatsverwaltung, deren Zweige größtenteils in den Gemeinden, dem eigentlichen Inbegriffe der Verwaltungsgegenstände, enden. [...] Die Gemeinden befinden sich allenthalben in den Verhältnissen und Verbindungen, in welche sie nach ursprünglichen, sehr zufälligen Veranlassungen getreten sind, und welche sich so, wie alle Werke des Zufalls, durch Regellosigkeit ausnehmen. Ihre Verfassungen waren bisher in den verschiedenen Teilen des Königreichs nicht nur ganz ungleich, sondern auch selbst der Begriff der Gemeinde war in einer und eben derselben Provinz vieldeutig, je nachdem derselbe auf den politischen, oder auf den finanziellen, ökonomischen, kirchlichen, Unterrichts- oder einen anderen gemeinschaftlichen Zweck angewendet wurde. Die Absicht bei der Bildung der Gemeinden ist daher nicht bloß, sie in allen Teilen des Königsreichs zu assimilieren und nach gleichen Grundsätzen zu gestalten, sondern auch die Gemeinden so zu ordnen, dass [...] eine jede Gemeinde einen für sich bestehenden Körper bildet, welcher in allen obigen Beziehungen einer eigenen Verwaltung empfänglich ist.¹¹¹

Tiefgreifende Folgen enthielt die neue bayerische Kommunalgesetzgebung für die bisherige Lage der Einwohner von *Anpezo*.¹¹² Insbesondere war es das “Edikt

¹⁰⁹ Über Stellung, Zusammensetzung und Befugnisse des “Landgerichts” zu *Anpezo* bis zur napoleonisch-bayerischen Zeit cf. RICHEBUONO 1981, 121–126. Über die Auseinandersetzung zwischen der Gemeinde *Anpezo* und der österreichischen Herrschaft um justizielle Kompetenzen im 16. Jahrhundert cf. Id. 1977, 162–165.

¹¹⁰ Organisches Edikt über die Bildung der Gemeinden vom 28.07.1808, in: kgl.-bai. RBl. 1808, 2789.

¹¹¹ In: kgl.-bai. RBl. 1808, 2789–2791.

¹¹² Cf. dazu ausführlich HAMM 1996, 114–126.

über das Gemeindewesen” vom 24.09.1808,¹¹³ das mit etlichen Grundsätzen des überlieferten gemeinschaftlichen Rechts brach. Die Gemeindezugehörigkeit wurde auf alle Einwohner ausgedehnt, “die in der Markung besteuerte Gründe besitzen, oder besteuerte Gewerbe ausüben, darunter auch die bloßen Hausbesitzer und die Gewerbsleute ohne Grundvermögen, wenn sie von ihren Häusern oder Gewerben die Steuer entrichten” (§§ 3, 4). Das Vermögen der Gemeinde (“Gemeinde-Gut” nach § 14) sah auch “Gemeinde-Gründe” vor, “welche zwar der Gemeinde gehören, aber von den Mitgliedern selbst einzeln benützt werden”. Alle Gemeindemitglieder sollten “nach dem Bedürfnis eines jeden Einzelnen” Anspruch auf die Gemeindegründe haben, diese sollten jedoch “größtenteils aus solchen Gründen bestehen, welche noch keine Kultur erhalten haben oder auf den ersten Stufen derselben stehen” (§ 26, 27). Außerdem durften diese Gemeindegründe “subsidiarisch zur Bezahlung der Gemeindeschulden veräußert” oder, “auf Verlangen einzelner Gemeindeglieder”, aufgehoben und verteilt werden (§§ 30, 31). Die weitere Kategorie des “Gemeinde-Vermögens” (§§ 20–24), die aus “allen Arten des fruchtbaren Eigentums” bestand, brachte die Möglichkeit der Veräußerung “aus administrativen Gründen” mit sich (§ 23) oder gar der Veräußerung oder Verteilung unter den Gemeindemitgliedern “auf gerichtlichen Auftrag” (§ 24).

Mit solchen Regelungen waren die alten Bestimmungen der *Regoles* kaum vereinbar, wollten sie überleben und weiterbestehen als grundsätzlich geschlossene Gemeinschaften der alteingewohnten Einheimischen, mit eigenen Regeln für die Aufnahme neuer Mitglieder, mit der Familie als Rechtsträgerin und als unitärem Mitglied der Dorfgemeinschaft, sowie mit einer grundsätzlich demokratischen Verfassung unter Beteiligung aller Mitglieder, unabhängig von Besitz und Steuerkraft. Die bayerischen Behörden gingen auch ohne große Verzögerungen daran, ihr neues Kommunalrecht durchzusetzen, und so wurde die bisherige, unter den *Regolieri* gewählte Leitung der Gemeinde durch ein neues, zentral ernanntes Gemeindeoberhaupt ersetzt.¹¹⁴ Dadurch stand die Frage im Raum, wie es mit dem beachtlichen Besitz an Wäldern und Weiden, dem bisher unveräußerlichen Kollektiveigentum der Einwohnergemeinschaft, hätte weitergehen können. Eine Transformation der alten Gemeinden *jure proprio* in eine neue Gemeinde staatlichen Rechts hätte die Unveräußerlichkeit des Vermögens sowie die Geschlossenheit, Autonomie und Selbstregierung der Einwohnergemeinschaft wohl für immer zu Fall gebracht.

¹¹³ In: kgl.-bai. RBl. 1808, 2405.

¹¹⁴ Cf. BELL 1973, 161.

Dass der bayerische Staat es ernst meinte mit der Modernisierung und Vereinheitlichung, zeigt wohl eine der letzten Erwähnungen von *Anpezo* in der Normsetzung aus München: Mit einer Verordnung im März 1809 wurde bei einer großangelegten Rotation des Gerichtspersonals im ganzen Königreich der bisherige, im Gemeindedienst stehende Richter von *Anpezo*, Johann von Ceschi, an das Landgericht Lienz in Osttirol versetzt, während ein anderer Richter mit ladinischem Nachnamen, Johann von Piristi, einst fürstbischöflich-brixnerischer Rechtspfleger und Richter, aus dem benachbarten *Fodom* nach Bruneck versetzt wurde. Insgesamt kamen damals mehrere Richter aus fernen Landesteilen wie etwa aus der Rheinpfalz und aus der Oberpfalz nach Tirol, das allerdings als solches gar nicht mehr existent, sondern inzwischen in die Inn-, Eisack- und Etsch-Kreise aufgeteilt war.¹¹⁵ Das macht deutlich, wie gering die Chancen älterer rechtlicher Institute und Strukturen auf Fortbestand im nach Modernisierung und Einheitlichkeit strebenden Bayern waren.¹¹⁶

Von der Radikalität dieser Transformationen blieb *Anpezo* jedoch vorerst durch die Wirren und Wendungen der Geschichte verschont. Nach der Niederschlagung des Aufstandes unter Führung von Andreas Hofer (1809), dem sich auch Ampezzaner angeschlossen hatten,¹¹⁷ trat Bayern einen Großteil Tirols an das napoleonische Königreich Italien ab¹¹⁸ und erhielt im Gegenzug andere Territorien, darunter Regensburg, Bayreuth und Berchtesgaden (Vertrag von Paris, 28.02.1810). Auch *Anpezo* wurde an das napoleonische Italien abgetreten, wurde aber von der Regierung in Mailand nicht zusammen mit den anderen abgetretenen Gebieten zu dem neugegründeten¹¹⁹ *Dipartimento dell'Alto Adige* mit

¹¹⁵ Allgemeine Verordnung, die Ernennung der Landgerichtsassessoren und Aktuare für das gesamte Königreich betreffen, vom 04.03.1809, in: kgl.-bai. RBl. 1809, 441. Für eine kurze biografische Notiz zum Richter Johann Piristi siehe MISCHI 2009, 124. Beim ampezzanischen Richter Johann von Ceschi könnte es sich um einen Verwandten des Anton Joseph von Ceschi de Santa Croce (1777–1854) handeln, der in eben jenen Jahren ebenfalls Pfleger und Patrimonialrichter zu *Anpezo* und später Richter im österreichischen Dienst in Venedig war, oder es liegt möglicherweise ein Schreibfehler der bayerischen Verordnungsverfasser vor, also Johann statt Joseph; die Familie der Ritter von Ceschi aus dem niederen Adel des Suganer Tales zählt in ihren verzweigten Linien mehrere Richter und Funktionäre im südlichen Tirol im fürstbischöflich-tridentinischen sowie im habsburgischen Dienst, die offenkundig, wie aus den Amtsperioden hervorgeht, während der kurzen bayerischen Herrschaft (1806–1810) im Amt blieben. Siehe dazu VON BLASCHKE 1954.

¹¹⁶ Zur bayerischen Personalpolitik in Tirol cf. ausführlich HAMM 1996, 223–229.

¹¹⁷ Cf. RICHEBUONO 1977, 167.

¹¹⁸ Cf. Königliches allerhöchstes Patent für die Abtretungen im Etsch- und Eisack-Kreise vom 23.06.1810, in: kgl.-bai. RBl. 1810, 601.

¹¹⁹ Cf. das “Decreto relativo alla definitiva riunione al regno d'Italia del Tirolo meridionale” vom 28.05.1810, in: “Bollettino delle leggi del Regno d'Italia”, 1810, 304.

Hauptstadt Trient zugeordnet, sondern zum bereits existierenden *Dipartimento della Piave* mit Hauptstadt Belluno.¹²⁰ So gelangte *Anpezo* zum ersten Mal seit 1511 wieder unter die gleiche Herrschaft und auch die gleiche Verwaltung wie das einstige Mutterland Cadore, das schon vom Friaul abgetrennt und zum Piave-Departement geschlagen worden war.

Die napoleonische Regierung betrieb eine schnelle und entschlossene Einführung der eigenen Rechtsordnung in den neuen Territorien,¹²¹ einschließlich der gerichtlichen¹²² und gemeindlichen¹²³ Organisation und des Kommunalrechts. Auch das örtliche Immobilienvermögen wurde den nach staatlichem Recht organisierten Gemeinden zuerkannt.¹²⁴ Dieser Zustand dauerte für *Anpezo* jedoch nicht lange an, denn bereits im Herbst 1813 holte sich Österreich das alte Kronland Tirol wieder zurück, und mit den Friedensschlüssen nach dem Ende der napoleonischen Zeit wurde die Zugehörigkeit zu Österreich schließlich vollständig restauriert.

4.3 *Anpezo* erneut bei Österreich (1814–1918).

Mit der Restauration wurde *Anpezo* wieder mit Tirol vereinigt und die alte Grenzziehung samt Trennung vom Cadore erneut eingeführt. In den fünf Jahrzehnten bis 1866 bekam die alte Grenze jedoch eine neue Bedeutung, da bis 1866 das Cadore wie das Gros der alten venezianischen Territorien zum neuen habsburgischen Königreich Lombardo-Venetien kam, welches aber außerhalb des Deutschen Bundes lag, während Tirol und dadurch auch *Anpezo* deutsches Bundesgebiet waren. Erst mit der Abtretung Venetiens an den neuen italienischen Nationalstaat

¹²⁰ Cf. Art. 7 des “Decreto relativo all’organizzazione giudiziaria del dipartimento dell’Alto Adige e della parte del Tirolo da unirsi al dipartimento della Piave” vom 10.08.1810, in: “Bollettino delle leggi del Regno d’Italia”, 1810, 585. Zum Piave-Departement, und damit zum napoleonischen Königreich Italien wurden neben *Anpezo* auch andere Gebiete im Osten Tirols zugeschlagen, darunter das ebenfalls ladinische *Fodom* (Buchenstein) und Toblach im Pustertal.

¹²¹ Nach einer anfänglichen Beibehaltung bisherigen Rechts (Dekret vom 19.05.1810, in: BLRI 1810, 290) wurden in der kurzen Zeit zwischen 1810 und 1811 mit einzelnen Dekreten die Gesetze des napoleonischen Königreichs Italien für die hinzugewonnenen Territorien publiziert und in Kraft gesetzt.

¹²² “Decreto per la spedizione delle cause pendenti nel Tirolo meridionale avanti l’organizzazione giudiziaria” vom 23.08.1810, in: BLRI 1810, 826.

¹²³ “Decreto che estende al dipartimento dell’Alto Adige il sistema d’amministrazione dei comuni del regno” vom 23.08.1810, in: BLRI 1810, 837.

¹²⁴ Cf. “Nota del Direttore Generale del Demanio di Milano” vom 24.04.1807, in: ROMAGNOLI/TREBESCHI 1975, 521–522.

infolge des Preußisch-Österreichischen Krieges bzw. des Dritten Italienischen Unabhängigkeitskrieges wurde die Grenze eine Grenzlinie zum Ausland.

Die Restauration bedeutete für *Anpezzo* jedoch nicht die Wiederherstellung der älteren Ordnung von vor 1805 und der besonderen Rolle der sich gemeinschaftlich selbstregierenden Talgemeinde. Kaiserliche Bestätigungen der alten Privilegien fanden nicht mehr statt, stattdessen sollten nun die allgemeinen österreichischen Gesetze gelten.¹²⁵ Auch das zwischenzeitlich für “die deutschen Erblande” erlassene Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch (ABGB)¹²⁶ wurde in Tirol eingeführt.¹²⁷ Im Kommunalrecht wurden zuerst die bayerischen und napoleonisch-italienischen Normen beibehalten, 1819 wurde jedoch für Tirol eine neue Gemeindeordnung erlassen,¹²⁸ die die Materie einheitlich neu regelte. Von besonderem Interesse ist, dass die dort angeordnete Wiederherstellung der Gemeindegrenzen nach dem Stand von 1805 so begründet wurde, dass diese nicht nur eine Übereinstimmung mit den Katastralgemeinden gewährleisten sollte, sondern dass auch “diese Eintheilung mit dem verjährten Eigenthume der Gemeindeglieder über die gemeinschaftlichen Güter und Realitäten vollkommen übereinstimmt” (§ 3). Für *Anpezzo* bedeutete dies vorerst keine Änderungen, weil hier – anders als mancherorts im Cadore – auch unter den bayerischen und napoleonisch-italienischen Behörden die Gemeindegrenzen und dadurch die Gemeindezugehörigkeit der Ortschaften und ihrer Einwohner unangetastet geblieben waren.

Die Erwähnung des ursprünglichen gemeinschaftlichen Eigentums der Einwohner erwies sich jedoch auch für *Anpezzo* und sein überliefertes gemeinschaftliches Eigentum von Bedeutung: Auch wenn die Grenzen der sogenannten “Agrargemeinde”, also des gemeinsamen Besitzes der Gemeindeglieder an “gemeinschaftlichen Gütern und Realitäten” als erstes Motiv für die Wiederherstellung der alten Nachbarschaftsordnungen genannt wurde, widmete sich das Gesetz zuvörderst der “Steuergemeinde” und den steuerpflichtigen Bürgern (§ 1), also denjenigen Mitgliedern der Gemeinde, die zu den Gemeindelasten

¹²⁵ Cf. RICHEBUONO 1977, 167–168.

¹²⁶ Erlassen mit Patent vom 11.06.1811, in: Gesetze und Verfassungen im Justiz-Fache für die Deutschen Staaten der Österreichischen Monarchie 1804–1811, 275.

¹²⁷ Ab dem 01.06.1815 gemäß Patent vom 21.01.1815, in: Gesetze und Verfassungen im Justiz-Fache für die Deutschen Staaten der Österreichischen Monarchie 1812–1817, 257.

¹²⁸ Entschließung vom 14.08.1819, die Regulierung der Gemeinden und ihrer Vorstände in Tyrol und Vorarlberg betreffend (Gemeinderegulierungspatent), in: Provinzialgesetzsammlung von Tirol und Vorarlberg 1819, 755.

beizutragen haben, und weiter einer zentral festgelegten politischen Organisation dieser “Steuergemeinde”.¹²⁹ So wurden die historischen Gemeinden in Tirol nach der neuen Rechtslage aufgespalten: Die örtliche öffentliche Vertretung, bereichert um weitere zugewiesene staatliche Aufgaben, wurde zu einer neu eingerichteten “politischen” Gemeinde¹³⁰ als Einrichtung des Staates in ein staatliches Aufsichtssystem eingebunden, während das den Gemeindemitgliedern zugeordnete Eigentum an den “gemeinschaftlichen Liegenschaften und Realitäten” daneben bestehen blieb, zunächst vom Gesetzgeber weitgehend unbeachtet.¹³¹ Damit zeigte sich allerdings auch, wie zugleich mehrdeutig und transformativ der Begriff der “Gemeinde” geworden war: Er konnte einerseits Kontinuität mit der hergebrachten Kommunität alter Ordnung suggerieren, und andererseits zugleich eine immer stärkere Ausrichtung auf die Notwendigkeit des staatlichen Zentrums verkörpern.¹³² Auch mit Blick auf die interne Verfassung der Gemeinde bedeutete das Tiroler Gemeinderegulierungspatent von 1819 eine deutliche Beschränkung der demokratischen Vertretung, die in *Anpezo* von jeher gegeben war: Das wusste man jedoch zu umgehen, indem die staatlich genehmigte Gemeindeleitung mit der Wahl von *aggiunti*, also zusätzlichen Ratsmitgliedern für die traditionellen Einteilungen des Talbeckens, ergänzt wurde.¹³³

Diese tiefgreifenden Änderungen in der Gestalt der politischen Gemeinde vollzogen sich auch mit Blick auf die justiziellen Aufgaben. Während bei der Wiedervereinigung Tirols mit Österreich das Gericht kurzzeitig in die Hände der Gemeinde *Anpezo* zurückkam, sodass 1816 gar eine öffentliche Ausschreibung für die Neubesetzung der Stelle des im Gemeindedienst stehenden Richters vorgenommen wurde, kam das Gericht 1819 endgültig in staatliche Hände.¹³⁴

Diese Neuerungen und das mit der Kataster-Eintragung festgelegte Eigentum der Gemeinde an den Wäldern von *Anpezo* schienen dennoch vorerst die alte Ordnung nicht ins Wanken gebracht zu haben: Nach dem Ende der napoleonischen

¹²⁹ Cf. GEBHARDT 2011, 121.

¹³⁰ Cf. dazu eingehend SCHENNACH 2012, 387.

¹³¹ Cf. GEBHARDT 2011, 121; SIEGL 2009, 226.

¹³² Zur Vielschichtigkeit und zum Problemfeld des Begriffes “Gemeinde” im österreichischen Kontext cf. SCHENNACH 2012, 369–390. Zur Notwendigkeit eines vielschichtigen Verständnisses des Begriffes “comunità” auch im italienischen Kontext cf. TIGRINO 2017, 297–315; MORENO/RAGGIO 1992, 618.

¹³³ Cf. RICHEBUONO 1993, 316.

¹³⁴ Cf. *ibid.*

Zeit konnten das gemeindliche Holz und seine offenbar hohen Erträge für den Bau gemeinschaftlicher Infrastruktur verwendet und an alle Familien für einen Wiederaufbau des Tales und seiner Siedlungen verteilt werden,¹³⁵ ein Vorgang, der unter dem Namen des *rifabbrico* auch bei den *Regoles* des angrenzenden Cadore eindeutige Parallelen hat.¹³⁶ Die Tatsache, dass es zu diesem Zeitpunkt keine alternative, staatliche Regelung zu Organisation und Vermögen der Gemeindemitglieder gegeben hat, ließ die alte kollektivistische Ordnung der *Regoles* also weiterleben. Dies galt auch, wenn neue Ämter die alten Einrichtungen ersetzten, solange die Amtsträger dieselben Personen blieben: So wurde beispielsweise in *Anpezo* der *Marigo*, das nach altem Recht gewählte Oberhaupt der Gemeinde, durch den *Capo Comune* nach der bayerischen Gemeindeordnung von 1808 abgelöst, und dieser dann 1810 durch den *Podestà* des napoleonischen Königreichs Italien, aber der Amtsinhaber blieb doch dieselbe Person.¹³⁷ Neben der vor der touristischen Erschließung kaum veränderten wirtschaftlichen Lage, in der die *Regoles* mit ihrem gemeinschaftlichen Besitz an Wald und Weide also weiterhin ein bewährtes Mittel für den Unterhalt des ganzen Tales waren, war wohl auch das demografische Element mit ausschlaggebend: Bis 1918 gab es in *Anpezo* keine nennenswerte Einwanderung, und die sesshafte Bevölkerung bestand in der Folge nahezu ausnahmslos aus den Mitgliedern der *Regoles*,¹³⁸ sodass es nur sehr eingeschränkt zu Konflikten zwischen dem Weiterleben der alten Institutionen und der Führung der Gemeinde gab.

Mit der Mitte des 19. Jahrhunderts bahnten sich mehrere Neuerungen ihren Weg auch in die hohen Berge und steilen Wälder der Dolomiten. Während im Cadore die Bevölkerung sich 1848 gegen Österreich erhob, blieb *Anpezo* dem Kaiser treu.¹³⁹ Das große Revolutionsjahr von 1848 führte in Österreich nicht nur zur Thronbesteigung Kaiser Franz Josephs I., sondern brachte in der Folgezeit auch ein Wiedererstarken des Strebens nach Unitarisierung und Modernisierung des Staates mit sich, was nicht ohne Konsequenzen für das gemeinschaftliche Eigentum der Ampezzaner blieb. Drei Elemente sollen hervorgehoben werden: Die Errichtung der Bezirkshauptmannschaft, die neue Gemeindeordnung und der Umgang mit dem gemeinschaftlichen Besitz an Wald und Weide.

¹³⁵ Cf. RICHEBUONO 1977, 168.

¹³⁶ Cf. ZANDERIGO ROSOLO 2013, 95–97.

¹³⁷ Cf. BELL 1973, 169.

¹³⁸ Cf. GIACOMEL 2015, 63–64.

¹³⁹ Cf. BELL 1973, 187.

Im Jahr 1849 wurden überall im Kaiserreich als neue Verwaltungseinheiten für die Wahrnehmung administrativer wie justitieller Aufgaben die Bezirkshauptmannschaften errichtet.¹⁴⁰ Zu diesem Zeitpunkt wurden auch die Patrimonialgerichte definitiv überholt. *Anpezo* wurde 1850 Sitz einer Expositur des Bezirks Bruneck.¹⁴¹ Nach der Trennung der örtlichen judikativen Organe von der politischen Verwaltung in ganz Österreich¹⁴² wurde 1868 eine eigene „Bezirkshauptmannschaft Ampezzo“ geschaffen, welche aus den bisherigen Gerichtsbezirken Ampezzo und Buchenstein bestand und dadurch den an Bevölkerung kleinsten und gleichzeitig einzigen ausschließlich ladinischen Bezirk der ganzen Monarchie darstellte.¹⁴³ Der bisherige Richter am staatlichen Gericht Ampezzo, der Osttiroler Johann Hibler, wurde zum ersten Bezirkshauptmann ernannt.¹⁴⁴ Der Statthalter Tirols, Karl Fürst Lobkowitz, motivierte gegenüber Wien die Entscheidung, einen so kleinen Bezirk zu errichten, einerseits mit der transmontanen Lage der Region, und andererseits mit der Notwendigkeit, die unmittelbar nach der Abtretung Venetiens doch brenzlige Grenzlage besser zu kontrollieren:

Die Errichtung einer Bezirkshauptmannschaft in Cortina empfiehlt sich wegen ihrer Lage an der Grenzmark des deutschen und italienischen Elements, im Hinblick auf die stete Anhänglichkeit der Bevölkerung an Österreich, die weite Entfernung von Bruneck und die militärische und staatspolitische wichtige Bedeutung jener Bezirke.¹⁴⁵

So wurde nicht nur eine ständige und politisch verlässliche staatliche Kontrollinstanz vor Ort errichtet, sondern es wurden ihr auch Verwaltungsaufgaben übertragen, die in der Vergangenheit von der Talgemeinde selbstständig erledigt worden waren. Der Status des kleinsten Bezirks der Donaumonarchie wollte also offensichtlich, wie der Hinweis auf die „stete Anhänglichkeit“ zu verstehen ist, die Bevölkerung dieser Täler auch belohnen und ihr Territorium aufwerten; damit wurde aber gleichzeitig der endgültige Verlust einstiger Sonderrechte samt Ausübung souveräner Aufgaben in eigener Verantwortung besiegelt.

¹⁴⁰ Kaiserliche EntschlieÙung vom 26.07.1849, wodurch die Grundzüge für die Organisation der politischen Verwaltungs-Behörden genehmigt werden, in: RGBl. 1849, 459.

¹⁴¹ Cf. RICHEBUONO 1993, 321.

¹⁴² Gesetz vom 19.05.1868 über die Einrichtung der politischen Verwaltungsbehörden, in: RGBl. 1868, 76.

¹⁴³ Verordnung des Ministers des Innern vom 10.07.1868, in: RGBl. 1868, 287/303.

¹⁴⁴ Zur Person von Johann Baptist Franz Hibler (1807–1875) cf. ROILO/ANDERGASSEN 2019, 11–12; RICHEBUONO 1993, 654–655.

¹⁴⁵ Zitiert nach RICHEBUONO 1977, 171.

Auch das Gemeindewesen wurde ab 1849 neu geregelt.¹⁴⁶ Das provisorische Gemeindegesetz von 1849¹⁴⁷ bestimmte für das ganze Kaiserreich nun größere Handlungsspielräume für die Kommunen und legte außerdem eine an die Montgelas'sche Gesetzgebung von 1808 erinnernde Trennung zwischen Gemeindevermögen und Gemeindegut fest, ohne jedoch eine Definition des Begriffspaares zu liefern. Jedoch zeichnete sich das Gemeindegut dadurch aus, dass es auch von Nutzungsrechten belastet und sein Ertrag für die Deckung der Bedarfe der Gemeindemitglieder verteilt werden durfte (§ 75 PGG 1849), während das Gemeindevermögen unbelastet im Eigentum der Gemeinde stand.¹⁴⁸ Die spätere Tiroler Gemeindeordnung aus dem Jahr 1866¹⁴⁹ bestätigte die Bestimmungen von 1849: Die Nutzung am Gemeindegut sollte nach der "bisherigen gültigen Übung" erfolgen, der Nutzungsumfang durfte den Haus- und Gutsbedarf nicht übersteigen, Überschüsse waren an die Gemeindekasse abzuführen (§ 63 TGO 1866).¹⁵⁰ Auch die Unterscheidung zwischen Gut und Vermögen der Gemeinde blieb bestehen (§ 61 TGO 1866). Ausführliche – und wohlgerneht einheitliche – Bestimmungen über Mitgliedschaft, Verwaltungsorgane und Aufgaben im eigenen und übertragenen Wirkungskreis wurden fester Bestandteil des staatlichen Kommunalrechts. Die schon erwähnten metajuridischen Elemente – kaum demografische Veränderungen, Beständigkeit der alten, maßgeblich auf Forst- und Weidewirtschaft basierten Wirtschaft, personelle Schnittstellen zwischen Leitung der *Regoles* und der "politischen" Gemeinde – machten die staatlich österreichische Gemeinde Ampezzo von einer Fortsetzung der alten Talgemeinschaft von *Anpezzo* kaum unterscheidbar; doch die Transformation von der alten Kommunität zu den Strukturen moderner Staatlichkeit schritten schleichend voran.

Der Konflikt zwischen den Ordnungen und deren Zielen trat immer offener zutage, als die Veränderungen von Gesellschaft und Wirtschaft im 19. Jahrhundert sichtbar wurden. Im Jahr 1868 beantragte eine Gruppe "fortschrittlicher" Bürger formell die Auflösung der *Regoles* und ihrer Holzungs- und Weiderechte auf Grundstücken der Gemeinde, die ja unbelastet sein sollten.¹⁵¹ Diese Bürger

¹⁴⁶ Cf. SCHENNACH 2012, 369–390.

¹⁴⁷ Kaiserliches Patent vom 17.03.1849, womit ein provisorisches Gemeinde-Gesetz erlassen wird, in: RGBL. 1849, 203.

¹⁴⁸ Cf. SIEGL 2009, 225.

¹⁴⁹ Gemeindeordnung für die gefürstete Grafschaft Tirol, erlassen als Anhang vom I. Gesetz, wirksam für die gefürstete Grafschaft Tirol, womit eine Gemeindeordnung und eine Gemeinde-Wahlordnung erlassen werden, vom 09.01.1866, in: GVBl. Tirol-Vorarlberg 1866, 2.

¹⁵⁰ Cf. SIEGL 2009, 225.

¹⁵¹ Cf. RICHEBUONO 1993, 328.

konnten sich für ihren Antrag auf ein für die Neuordnung der ländlichen Eigentumsverhältnisse bahnbrechendes, für ganz Cisleithanien¹⁵² gültiges Kaiserliches Patent von 1853 berufen, das die Ablösung sämtlicher Holzungs- und Bezugsrechte “auf fremdem Walde” sowie Weiderechte “auf fremdem Grund und Boden” beabsichtigte und das Prozedere dafür feststellte;¹⁵³ das Patent war bis dahin in *Anpezo* stillschweigend ignoriert worden.¹⁵⁴ Diese “fortschrittlichen” Bürger, die die Auflösung der *Regoles* anstrebten, bezogen sich explizit auf das angrenzende Cadore, nicht nur um den gemeinsamen historischen Ursprung des Rechtsinstituts zu betonen, sondern auch um die Übertragung des bisherigen Vermögens an die politische Gemeinde zu befürworten, wie es in den mittlerweile an das savoyische Königreich Italien angeschlossenen Nachbartälern längst der Fall war:¹⁵⁵ Es müsse also eine “italienische Lösung” her.

Die Schlichtung des Streits zog sich bis in die späten 1880er Jahre und lieferte der Nachwelt eine Fülle an Dokumentation, die für die heutige Betrachtung der Rechtsgeschichte dieser Landschaften von unerlässlicher Bedeutung ist. Dabei lässt sich zusammenfassend feststellen, dass erst die drohende Überholung der angestammten Eigentumsverhältnisse viele in *Anpezo* erkennen ließ, dass damit auch eine Art und eine *ars* der Wirtschaft und der Gesellschaft zusammenhingen: Ob dies nun einem Gefühl von Antimodernismus, Konservatismus, Partikularismus oder schlicht dem Wunsch nach einem würdevollen, gemeinschaftlich orientierten Leben im Hochgebirge geschuldet war, liegt im Wesentlichen an der Sichtweise der damaligen wie der späteren Betrachter.

Die gesetzmäßige Ablösung der althergebrachten und im Grundbuch eingetragenen Holz- und Weiderechte der *Regoles* wurde also der zuständigen k.k. Kommission in Innsbruck (nach §§ 33 ff. des Patents von 1853) zur Entscheidung gebracht. Diese erkannte zuallererst den Interessenkonflikt zwischen *Regoles* und politischer Gemeinde Ampezzo, da sämtliche Vertreter der politischen Gemeinde gleichzeitig *Regolieri* waren und der bisherige Gemeindevorsteher sich aus dem Amt zurückgezogen hatte, um die Interessen der *Regoles*

¹⁵² Laut Präambel fand das Patent nur für Dalmatien und die Länder der Ungarischen Krone keine Anwendung; cf. Präambel im RGBL 1853, 738 = LandesRegBl. Tirol-Vorarlberg 1853, 374.

¹⁵³ Kaiserliches Patent vom 05.07.1853, wodurch die Bestimmungen über die Regulierung der Holz-, Weide- und Forstproduktenbezugsrechte, dann einiger Servituts- und gemeinschaftlichen Besitz- und Benützungszurechte festgelegt werden, in: RGBL 1853, 737 = LandesRegBl. Tirol-Vorarlberg 1853, 373; cf. dazu auch BARBACETTO 2023.

¹⁵⁴ Cf. RICHEBUONO 1993, 328.

¹⁵⁵ Cf. op. cit., 329.

zu verteidigen,¹⁵⁶ und ernannte 1884 einen Rechtsanwalt aus Bruneck zum Vertreter *ex officio* der Gemeinde.¹⁵⁷ 1885 erkannte die k.k. Kommission die Parteifähigkeit der elf ampezzanischen *Regoles* sowie die Vertretungsbefugnis ihrer *Marighi* an.¹⁵⁸ In der Begründung dieser Entscheidung wurde ausgeführt, dass den *Regoles* die Rechtspersönlichkeit zuzuerkennen war, dass ihre Selbstverwaltung und ihr Vermögen sich von denen der politischen Gemeinde unterschieden, und betonte, dass dies bereits in älteren Entscheidungen der Tiroler Landesregierung von 1862 und 1873 festgestellt worden war.¹⁵⁹ Auch die Statuten des alten Cadore und die überlieferten Regelungen zur Verwaltung des gemeinschaftlichen Eigentums wurden in der Entscheidung als Beweis einer eigenständigen Rechtspersönlichkeit der *Regoles* und der Stellung ihrer *Marighi* erwähnt.¹⁶⁰ Gegen diese Entscheidung der Kommission legte der externe Prozessvertreter der politischen Gemeinde Rekurs an das k.k. Ministerium des Innern in Wien ein, welches ihn aber abwies.¹⁶¹

Am Ende des Verfahrens, im Februar 1887, konnten sich die Vertreter der *Regoles* und die politische Gemeinde einigen, es kam also ein *Compromesso* zustande,¹⁶² der von der k.k. Ablösungskommission in Innsbruck bestätigt und anerkannt wurde. Es handelte sich schlussendlich um einen Vergleich unter Mitwirkung der staatlichen Verwaltung; eine formelle Entscheidung der Kommission selbst wurde dadurch vermieden, obwohl sie mit der Bestätigung dem verhandelten Vergleich ihre Autorität verlieh. So wurde für den überwiegenden Teil der Grundstücke das Eigentumsrecht einschließlich des Holzrechts der politischen Gemeinde zugeschlagen, den *Regoles* indessen ein zeitlich unbefristetes Weiderecht darauf. So entstand eine Gemeinschaft von Inhaberinnen dinglicher Rechte – die Gemeinde und die elf *Regoles* – auf den gleichen Grundstücken. Im Vergleichstext klargestellt und dadurch von Staat und politischer Gemeinde explizit anerkannt wurden außerdem einige wichtige Normen der Selbstverwaltung der *Regoles*, darunter die Unteilbarkeit des Vermögens, die Autonomie in der internen Organisation

¹⁵⁶ Cf. op. cit., 330.

¹⁵⁷ “Evasione luogotenenziale sulla rappresentanza delle Regole”, 18.07.1885, in: ROMAGNOLI/TREBESCHI 1975, 521–522.

¹⁵⁸ Cf. ibid.

¹⁵⁹ Cf. op. cit., 523. Insofern ist die Anmerkung von RICHEBUONO (1993, 330), wonach die Entscheidung von 1885 die staatliche Anerkennung der *Regoles* darstellte, zu korrigieren.

¹⁶⁰ Cf. op. cit., 523–524.

¹⁶¹ “Nota luogotenenziale sulla rappresentanza delle Regole”, 03.05.1886, in: ROMAGNOLI/TREBESCHI 1975, 525.

¹⁶² Auszüge daraus in: RICHEBUONO 1993, 599–601.

und in Fragen der Mitgliedschaft, die nach wie vor als persönlich, unveräußerlich und vom Wohnort in der Gemeinde abhängig definiert wurde.

Der Vergleich widerspiegelte die alte Teilung im Theresianischen Kataster, wonach Wälder der Gemeinde und Alpweiden den *Regoles* zugeordnet waren, und berücksichtigte die ursprüngliche Ordnung der Statuten, wonach die Wälder nicht den einzelnen *Regoles*, sondern der Talgemeinde in ihrer Gesamtheit gehörten. Die formelle Analogie zwischen dem Vergleich von 1887 und dem ursprünglichem Recht mag die Lösung akzeptabel gemacht haben, allerdings wurde wieder deutlich, dass der Begriff der Gemeinde nach der alten gemeinschaftlichen Ordnung nicht deckungsgleich war mit der Auffassung der Gemeinde nach modernem staatlichen Kommunalrecht.¹⁶³ Im alten Recht waren die gemeindlichen Güter *in comune* und *pro indiviso* zwischen den angestammten Einwohnern organisiert, während man unter dem Begriff der „Gemeinden“ den Zusammenschluss mehrerer *Regoles* verstand; die moderne Kommune ist hingegen eine Gebietskörperschaft mit staatlichen Aufgaben ohne jede Unterscheidung zwischen alteingesessenen und zugezogenen Bürgern.¹⁶⁴ Außerdem hätte eine Zuschlagung der Holz- und Eigentumsrechte an die *Regoles* die Schaffung einer gemeinsamen und von der politischen Gemeinde getrennten Verwaltung aller *Regoles* notwendig gemacht, was damals auch deswegen unvorstellbar war, weil die Gemeinde selbst diese Funktion bereits erfüllte und es auch keinen nennenswerten Unterschied gab zwischen Mitgliedern der *Regoles* und den Einwohnern der Gemeinde.

Dieser Vergleich trug also bereits den Keim späterer Konflikte mit sich, zum einen wegen der Rechtsgemeinschaft auf gleichem Boden und zum anderen wegen der unterschiedlichen Interessen, die Gemeinde und *Regoles* verfolgten, sobald die wirtschaftliche, gesellschaftliche und auch demografische Entwicklung in Fahrt kam. Dennoch ist der *Compromesso* von 1887 für die weitere Existenz der *Regoles* von entscheidender Bedeutung. Denn geklärt wurde dadurch nicht nur ihre sachrechtliche Stellung, sondern auch ihr Wesen und ihr Verhältnis zur politischen Gemeinde. Die allodiale Natur der *Regoles* als eigenständige, von der politischen Gemeinde unabhängige Rechtssubjekte mit eigenem privatem

¹⁶³ So auch RICHEBUONO 1993, 331.

¹⁶⁴ Cf. BONAN 2016, 600–602. Der Autor erörtert die Problematik des Unterschiedes zwischen moderner Kommune als staatlicher Gebietskörperschaft und den Kommunitäten älterer Ordnung am Beispiel von Fleims (*Fiemme*). Der Gegenstand ist für beide Alpentäler, *Anpezo* und Fleims, im Wesentlichen vergleichbar, obschon Fleims – anders als *Anpezo* – mit dem Reichsdeputationshauptschluss von 1803 einen Herrschaftswechsel erfuhr: Es verlor damals seine bisherige Zugehörigkeit zum Hochstift Trient und kam somit erst zu jenem Zeitpunkt unter unmittelbare österreichische Hoheit.

Vermögen fand ihre formelle Anerkennung im sich modernisierenden Staat. Vollzogen wurde dadurch eine Trennung zwischen staatlicher Kommune und Gemeinschaften angestammter Einwohner: Die politische Gemeinde war dem öffentlichen Recht zugeordnet, die Einwohnergemeinschaften konnten hingegen als privatrechtliche Subjekte ihre Tätigkeiten weiter ausüben und ihr Vermögen zum materiellen Wohle ihrer Mitglieder verwenden.

Von diesem so gefundenen Gleichgewicht zwischen Gemeinschaften der Einheimischen und staatlicher Macht in *Anpezzo* zeugt ein ausführlicher Bericht des "Tiroler Volksblatts" aus dem Jahre 1884 unter dem Titel *Die Regole oder Alpenvereine von Anpezzo*.¹⁶⁵ Da wird die Zweiteilung zwischen "Holz" und "Gras" erörtert, wovon eines – also der Wald – der Gemeinde zugeschlagen wird, und das andere – also die Weiden und die Alpwirtschaft – den *Regoles*. Dieser konzise Bericht, der auch auf die Geschichte und auf sprachliche Besonderheiten einging, kann wohl als Standpunkt am Ende der langen österreichischen Zeit in *Anpezzo* (1511–1918) gesehen werden. Auch die neuere Tiroler Landesgesetzgebung um die Jahrhundertwende, die eindeutig eine endgültige Ablösung alter Holz- und Weiderechte vorantrieb,¹⁶⁶ änderte nichts an der Situation, die mit dem Vergleich zwischen *Regoles* und Gemeinde gefunden und durch staatliche Bestätigung abgesichert worden war. Durchgesetzt hatte sich in *Anpezzo* also eine Kompromisslösung, die zwar der Gemeinde als unterster staatlicher Ebene einen großen Teil der einstigen kollektiven Rechte zuschlug, jedoch die *Regoles*, die Allodialität ihres Eigentums und ihre interne Autonomie auch formell anerkannte.

5. Eine Ordnung im Spiegel zweier Staaten

Als nach dem Ersten Weltkrieg *Anpezzo* mit Südtirol dem Königreich Italien angegliedert wurde, endete die Interaktion der cadorinisch-ampezzanischen *Regoles*

¹⁶⁵ "Tiroler Volksblatt" vom 25.06.1884, Nr. 51, Beilage 1–2, sowie 28.06.1884, Nr. 52, Beilage 1.

¹⁶⁶ Gesetz vom 08.01.1889, gültig für die gefürstete Grafschaft Tirol, wodurch über die Behandlung der nach dem kaiserlichen Patent vom 05.07.1853 der Ablösung oder Regulierung unterliegenden Rechte einzelne abändernde Bestimmungen getroffen werden, in: GVBl. Tirol-Vorarlberg 1889, 30; Gesetz vom 30.06.1910, wirksam für die gefürstete Grafschaft Tirol, womit eine Ergänzung der Gemeindeordnung erlassen wird, in: GVBl. Tirol-Vorarlberg 1910, 689; Gesetz vom 19.07.1909, wirksam für die gefürstete Grafschaft Tirol, betreffend die Neuregulierung und Ablösung der im Verfahren auf Grund des kaiserlichen Patents vom 05.07.1853 sowie des Gesetzes vom 08.01.1889 regulierten Holz-, Weide- und Forstprodukten-Bezugsrechte, sowie betreffend die Sicherung der Rechte der Eingeforsteten, in: GVBl. Tirol-Vorarlberg 1911, 151; Verordnung der k.k. Statthalterei in Tirol und Vorarlberg vom 15.04.1911, in: GVBl. Tirol-Vorarlberg 1911, 170.

mit zwei unterschiedlichen Staaten, Österreich einerseits und Italien andererseits. Die über vier Jahrhunderte lange unterschiedliche Zugehörigkeit hatte allerdings tiefe Spuren hinterlassen, nicht nur in der Mentalität, sondern auch in der juristischen Rezeption der alten Ordnung.

Im 17. und 18. Jahrhundert hatte das Cadore gegenüber der Politik des venezianischen Staates, die gemeindlichen Güter im *Ärar* zu konsolidieren,¹⁶⁷ noch mit Erfolg den allodialen Charakter seiner Gemeinschaftsgüter verteidigen und damit die Autonomie und Spezifität seiner Ordnung bewahren können. Die ab 1652 in der Republik Venedig versuchte Überführung gemeinschaftlicher Güter in das „Privileg“ der Landesherrlichkeit kann und soll nicht als harmlose proto-statistische Erfassung unterschätzt werden: Sie war vielmehr der Beginn einer zunehmenden Durchsetzung des staatlichen Machtmonopols, das sich als souverän definiert und deswegen keine Konkurrenz im Inneren duldet. Obwohl das Cadore die Gefahr für den Fortbestand seiner uralten Ordnung dieses eine Mal abwenden konnte, ging es schon damals genau um den wesentlichen Inhalt aller späteren Dispute und Streitigkeiten, nämlich um die Frage, ob die gemeinsamen Güter der alpinen Dorfgemeinschaften kommunal waren, und dadurch also öffentlich und für die zentralstaatliche Autorität verfügbar,¹⁶⁸ oder ob sie allodial waren, also Privateigentum von Gemeinschaften Einheimischer, die auch beim Verlust öffentlicher Aufgaben trotzdem weiter bestehen konnten. Bereits im Rahmen dieser Auseinandersetzungen mit der venezianischer Zentralmacht konnten die Vertreter des Cadore auf die Geschehnisse jenseits der Reichsgrenze, also auf *Anpezo*, verweisen, wo die ursprünglich gemeinsame Ordnung unter einem anderen Landesherrn fortlebte. Die Faktoren von Abgeschiedenheit (*Peripherie*) und Kopräsenz zweier Herrschaften in der gleichen Landschaft (*Syntopie*) traten also deutlich hervor.

Konnte also das System der *Regoles* im Cadore in den letzten beiden Jahrhunderten venezianischer Herrschaft noch diesen zentralisierenden Tendenzen standhalten, überlebte es den historischen Schnitt der napoleonischen Zeit dann nur teilweise. Es mag sein, dass die Transformation der alten Dorfgemeinschaften in neue staatliche Gemeinden in ihrer örtlichen Wahrnehmung unbemerkt blieb, wohl aufgrund der tatsächlichen Kontinuität der Personen, die sie ausmachten.¹⁶⁹ Dennoch konnten sich nur dort, wo auch weitere metajuridische

¹⁶⁷ Cf. dazu BARBACETTO 2008, 160 u. 259.

¹⁶⁸ Cf. JELLINEK 1905, 386–387.

¹⁶⁹ Cf. ZANDERIGO ROSOLO 2013, 93.

Bedingungen günstig waren, Elemente der alten Ordnung auch im ausgehenden 19. Jahrhundert halten.¹⁷⁰ Periphere Lage und gleichzeitiges Bewusstsein über die Veränderungen der einst gemeinsamen Ordnung in den Nachbarorten stellten erneut die Schlüsselfaktoren dar.

Zwar kennzeichnete dieses Weiterleben von Elementen der alten Ordnung nicht das gesamte Cadore, dennoch war es ein Beweis für die schöpferische Flexibilität einer Bevölkerung, die Jahrhunderte lang ihr eigenes Recht selbst geformt hatte und dies auch weiter unter neuen Rahmenbedingungen tat. Die „kommunale Lösung“ des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert im Cadore – mit Inhalten und Terminologie der alten *Regoles*, die in kommunale Satzungen umgegossen wurden – war allerdings keine freie Entscheidung, sondern die einzige Möglichkeit, die der vom italienischen Nationalstaat durchgesetzte Rahmen für den Fortbestand alter Normen zuließ. Als dann der Nationalstaat bereits konsolidiert war und nach neuen Räumen für lokale Autonomie gesucht wurde, fiel dank juristischer Gründlichkeit auf, dass das napoleonische Dekret von 1806, welches die alte kollektivistische Ordnung eigentlich restlos hatte aufheben wollen, die einstigen gemeinschaftlichen Güter den Gemeinden bloß „in amministrazione“, also in ihre Verwaltung übertragen hatte. Die Streitfrage des Eigentums konnte also wieder aufgegriffen werden, wobei nach dem Ende der düsteren faschistischen Zeit die gleichzeitige Präsenz innerhalb der italienischen Ordnung des ehemals österreichischen *Anpezzo* neue Argumente, Beispiele und argumentative Kraft mitbrachte: ein erneutes Beispiel für die Wichtigkeit der Syntopie.

Nun also zum Fall *Anpezzo*: Dieses 1511 vom Cadore abgetrennte Gebiet trat durch die Zugehörigkeit zu den habsburgischen Erbländen mit einer anderen Ordnung in Interaktion, die sich ebenfalls allmählich zu einem souveränen Staat im modernen Sinne entwickelte. Österreich begünstigte spätestens seit Maria Theresia den Fortbestand partikularrechtlicher Besonderheiten nicht mehr; nach dem napoleonischen Zwischenspiel wurde zudem die Trennung zwischen Ausübung öffentlicher Aufgaben und patrimonial orientierter Organisation der Einwohnergemeinschaften entschlossen durchgesetzt. Aus den Dokumenten um die Wende zwischen dem 18. und dem 19. Jahrhundert geht eine konzeptionelle Gleichsetzung der autonomen Stellung von *Anpezzo* mit der Rechtsordnung adeliger Grundherrschaft hervor, und beides galt es für den modernen Staat zu überholen. Dennoch verfolgte Österreich im Vergleich zu Venetien bzw. Italien

¹⁷⁰ Cf. Id. 2010, 95.

eine andere, mit den Überresten der Vormoderne konziliantere Rechtspolitik, die nicht alles in den neuen Staat überführen und damit auflösen wollte, sondern auch einige Räume frei ließ, sofern sie dem wesentlichen Ziel nicht im Wege standen: So kann es kein Zufall sein, dass die formelle Anerkennung der *Regoles* in *Anpezo*, die Bestätigung ihrer Ordnung und (einiger) ihrer Rechte erst dann stattfand, als die Übernahme aller öffentlichen Funktionen durch staatlich geformte Behörden, von den Gerichten bis zu den politischen Gemeinden, durchgesetzt worden war. Der Standort an der Peripherie begünstigte wohl gewisse Konzessionen, die gleichzeitig die Loyalität dieser Untertanen an der Grenze des Kaiserreiches festigen sollten, ein Anliegen, das sich auch dokumentarisch belegen lässt.

Auf diesem Weg vollzog sich eine Trennung zwischen öffentlicher Gewalt und örtlichen Organisationen der Einheimischen, die für das Überleben der *Regoles* die einzige Chance war. Paradigmatisch hierfür ist auch die Haltung jener Leute in *Anpezo*, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts gegen den Erhalt der *Regoles* waren und sich für ihr Ansinnen explizit auf die "italienische Lösung" im benachbarten Cadore bezogen, ganz im Sinne eines Austausches zwischen den beiden Gebieten und einer Berufung auf die gemeinsame Rechtsgeschichte. Der Versuch, wie bereits erörtert, scheiterte am Ende, da die österreichische Zentralmacht mit der Schaffung einer rein staatlichen Gemeinde und der Verlagerung der gemeinschaftlichen Elemente ins Private ihre Interessen bereits durchgesetzt hatte. Dadurch lag die allodiale Lösung in *Anpezo* für diejenigen auf der Hand, die über ein gemeinsames Bewusstsein für die überlieferte Ordnung des gemeinschaftlichen Eigentums verfügten und dieses Erbe weiter bewahren wollten.

Wie zentral diese Trennung von gemeinschaftlichem Besitz und öffentlicher Funktion gewesen war,¹⁷¹ zeigen die Beispiele des Cadore und von *Anpezo* in ihrer spiegelbildlichen Wahrnehmung. Die napoleonische und später savoyische Gesetzgebung Italiens verfolgte einen monistischen Ansatz, wonach die alten autonomen Dorfgemeinschaften zu Gemeinden staatlichen Rechts wurden und das Vermögen der einen auf die anderen überging. Öffentliche Funktion und gemeinschaftlicher Besitz blieben zusammen, jedoch zum Preis der weitgehend eingebüßten Eigenständigkeit der lokalen Rechtsordnung. Parallel dazu führte die Haltung Österreichs zu einer Trennung zwischen politischer Gemeinde und Gemeinschaften der Einheimischen, wonach die letzteren zwar alle öffentlichen Befugnisse verloren, jedoch mit zumindest einem Teil ihres

¹⁷¹ Cf. dazu ROMAGNOLI 1986, 607.

Besitzes weiter existieren konnten. Die Wiederbelebung der *Regoles* im Cadore im weiteren Verlauf des 20. Jahrhunderts war nur möglich, weil genau diese Trennung zwischen politischen Gemeinden und Gemeinschaften der altansässigen Einheimischen bei den Nachbarn in *Ampezzo* gesehen, in ihrer Notwendigkeit erkannt und dann endlich nachvollzogen wurde: ein Beweis für die Bedeutung der Syntopie.

Letztendlich erwiesen sich die metajuridischen Bedingungen, die die Rezeption der gemeinschaftlichen Ordnung der *Regoles* im kleinen Raum dieser beiden Dolomitentäler durch staatliche Rechtsordnungen begünstigt hatten, als sehr ähnlich. Denn der Erhalt der alten gemeinschaftlichen Ordnung konnte vornehmlich nur dort erfolgen, wo die Bevölkerung in ihrer Zusammensetzung stabil blieb, keine (groß-)industriellen Interessen an den Wäldern die Überhand gewannen und die alten Güter sich als weiterhin profitabel für die örtliche Bevölkerung zeigten. Das Fortleben der alten gemeinschaftlichen Ordnung und ihrer Regelungen speiste sich also aus zwei Quellen: Einerseits wohl aus der Abgeschiedenheit der hier besprochenen Gegenden und dem Willen nach Bewahrung eines altherbrachten Erfahrungsschatzes, aber andererseits auch aus einem intramontanen Austausch zwischen den Menschen dieser Täler, welcher selbst angesichts des Kontakts mit unterschiedlichen staatlichen Ordnungen nie unterbrochen wurde. Auch aus heutiger Sicht erscheint dies als eine wichtige Lehre aus der Rechtsgeschichte.

6. Bibliographie

- BARBACETTO, Stefano: *La più gelosa delle pubbliche regalie. I «beni comunali» della Repubblica Veneta tra dominio della Signoria e diritti delle comunità (secoli XV–XVIII)*, Venezia 2008.
- BARBACETTO, Stefano: *Die "Waldzuweisung im Brixner Kreise". Gemeindeeigentum und Nutzungsrechte in Osttirol und Südtirol (1847–1855)*, Wien 2023.
- BARBACETTO, Stefano/LORENZINI, Claudio: *Contare i fuochi e gli animali: sul peso economico dei beni comunali in Friuli al principio del Seicento*, in: "Quaderni storici", 52/155, 2017, 349–381.
- BEIMROHR, Wilfried: *Mit Brief und Siegel. Die Gerichte Tirols und ihr älteres Schriftgut im Tiroler Landesarchiv*, Innsbruck 1994.
- BELLI, Mario Ferruccio: *Storia di Cortina d'Ampezzo*, Bologna 1973.
- BELLI, Mario Ferruccio: *Storia di Cortina d'Ampezzo*, Bologna 1974².
- BERTOLDI LENOCI, Liana (ed.): *La presa del Castello di Botestagno 1511: atti del Convegno storico internazionale*, Belluno 2012.
- BOLLA, Giangastone: *Terre civiche e proprietà comuni di consorti coeredi regolate dal laudo*, in: "Archivio per l'Alto Adige", XLIV, 1951, 621–642.

- BONAN, Giacomo: *The communities and the comuni: The implementation of administrative reforms in the Fiemme Valley (Trentino, Italy) during the first half of the 19th century*, in: "International Journal of the Commons", 10/2, 2016, 589–616.
- BONAN, Giacomo: «Di tutti e di nessuno». *I beni comunali nel Veneto preunitario*, in: "Quaderni storici", 52/155, 2017, 445–470.
- BRESCIANI, Bruno: *Il castello di Botestagno in Ampezzo*, Verona 1953.
- CACCIAVILLANI, Ivone: *La proprietà collettiva nella montagna veneta sotto la Serenissima*, Padova 1988.
- CACCIAVILLANI, Ivone et al. (eds.): *Manuale di diritto regoliero*, Belluno 2010.
- CACCIAVILLANI, Ivone: *Elementi costitutivi della Regola*, in: CACCIAVILLANI et al. 2010a, op. cit., 30–31.
- CACCIAVILLANI, Ivone: *Il Veneto in Italia: dalla rivoluzione del '48 all'unificazione legislativa del '71*, Melegnano 2010b.
- CACCIAVILLANI, Ivone: *Inquadramento storico*, in: CACCIAVILLANI et al. 2010c, op. cit., 10–23.
- CAZZETTA, Giovanni: *Codice civile e identità giuridica nazionale*, Torino 2018.
- COLLODO, Silvana: *Il Cadore medievale verso la formazione di un'identità di regione*, in: "Archivio Storico Italiano", 145, 1987, 381–389.
- DAL CIN, Valentina: *Il mondo nuovo. L'élite veneta fra rivoluzione e trasformazione*, Venezia 2019.
- DOTTI, Marco: *Il prezzo dell'originarietà: scambi, conflitti e privilegi di una comunità della terraferma veneta*, in: "Quaderni storici", 52/155, 2017, 417–444.
- DROBESCH, Werner: *Bodenerfassung und Bodenbewertung als Teil einer Staatsmodernisierung. Theresianische Steuerrektifikation, Josephinischer Kataster und Franziszeischer Kataster*, in: "Histoire des Alpes / Storia delle Alpi / Geschichte der Alpen", 14, 2009, 165–183.
- FABBIANI, Giovanni: *Breve storia del Cadore*, Pieve di Cadore 1972³.
- GEHARDT, Helmut: *Von der Tiroler Gemeinderegulierung 1819 bis zur Tiroler Gemeindeordnung 1866 – Zur Geschichte des öffentlich-rechtlichen Gemeindebegriffs*, in: KOHL, Gerhard et al. (eds.), *Die Agrargemeinschaften in Westösterreich. Gemeinschaftsgut und Einzeleigentum*, Wien 2011, 121–176.
- GIACOMEL, Paolo: *1915. La guerra tra le Dolomiti raccontata dai Ladini del Capitanato d'Ampezzo*, in: "Ladinia", XXXIX, 2015, 63–113.
- HAMM, Margot: *Die Bayerische Integrationspolitik in Tirol 1806–1814*, München 1996.
- HENNE, Alexandre: *Histoire du Règne de Charles-Quint en Belgique*, Vol. II, Bruxelles/Leipzig 1858.
- HIRSCHING, Friedrich Karl Gottlob: *Beschreibung der kleinen Republik Ampezzo der Hayden in Tirol*, in: "Allgemeines Archiv für Länder- und Völkerkunde", 2, 1791, 220–226.
- JELLINEK, Georg: *Allgemeine Staatslehre*, Berlin 1905².
- KLETKE, Gustav Moritz: *Die Staats-Verträge des Königreichs Bayern in Bezug auf Justiz-, Polizei-, Administrations-, Territorial- u. Grenz-, Bundes-, Kirchen-, Militär-, Handels-, Schifffahrt-, Post-, Eisenbahn-, Telegraphen- und Münz-Angelegenheiten*, Regensburg 1860.
- LEGO, Karl: *Geschichte des Österreichischen Grundkatasters*, Wien 1968.
- LORENZI, Stefano: *La Comunità d'Ampezzo quale modello di gestione del territorio: accordi e sinergie fra Regole e Comune per la tutela dell'ambiente e della popolazione locale*, in: NERVI, Pietro (ed.), *Cosa apprendere dalla proprietà collettiva. La consuetudine fra tradizione e modernità*, Padova 2003, 327–332.

- MERIAN, Matthäus d.Ä.: *Die Vestung Putestagno oder Peitlstain*, in: *Topographia Provinciarum Austriacar[um], Austriae, Styriae, Carinthiae, Carniolae, Tyrolis etc.*, Frankfurt am Main 1679, 91.
- MERLO, Maurizio: *L'organizzazione comunitaria della montagna veneta*, in: "Rivista di Storia dell'Agricoltura", XVII/1, 1977, 37–58.
- MISCHÌ, Giovanni, *Sammeln-bewahren-erschließen-erforschen. Das historische Archiv des Ladinischen Kulturinstitutes "Micurà de Rü"*, in: "Ladinia", XXXIII, 2009, 119–132.
- MORENO, Diego/RAGGIO, Osvaldo: *Risorse collettive*, in: "Quaderni storici", 27/81, 1992, 613–924.
- PAUSER, Josef/SCHENNACH, Martin: *Die Tiroler Landesordnungen von 1526, 1532 und 1573: Historische Einführung und Edition*, Wien 2018.
- RICHEBUONO, Giuseppe: *Der Kampf der Gemeinde Ampezzo um die Erhaltung ihrer Autonomie*, in: "Ladinia", I, 1977, 151–172.
- RICHEBUONO, Giuseppe: *Notizen über die Gerichte der ladinischen Dolomitentäler*, in: "Ladinia", V, 1981, 101–149.
- RICHEBUONO, Giuseppe: *Cenni storici sulle Regole d'Ampezzo*, Cortina d'Ampezzo 1986.
- RICHEBUONO, Giuseppe: *Storia d'Ampezzo*, Cortina 1993².
- RICHEBUONO, Giuseppe: *Il castello di Botestagno in Ampezzo*, Cortina 1994.
- ROILO, Christine/ANDERGASSEN, Lisa: *Familien Prenn, Hibler, von Kaler*, Bozen 2019.
- ROMAGNOLI, Emilio, *Regole dell'arco alpino*, in: "Novissimo digesto italiano", VI, 1986, 605–614.
- ROMAGNOLI, Emilio/TREBESCHI, Cesare (eds.): *Comunioni familiari montane*, Brescia 1975.
- RONZON, Antonio: *L'Oltrechiusa*, in: "Da Pelfmo a Peralba. Almanacco cadorino", IV, 1876, 1–140.
- ROTTLEUTHNER, Wilhelm: *Die alten Localmasse und Gewichte in Tirol und Vorarlberg*, Innsbruck 1883.
- SCHENNACH, Martin: *Das Provisorische Gemeindegesetz 1849 und das Reichsgemeindegesetz 1862 als Zäsur?*, in: "Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung", 120/2, 2012, 369–390.
- SCHENNACH, Martin: *Vom k.k. Ärar zum Bundesschatz? Das Staatsvermögen der Habsburgermonarchie und die Entstehung des österreichischen Bundesstaates*, Wien 2015.
- SIEGL, Gerhard: *Die Entstehung der Agrargemeinschaften in Tirol unter besonderer Berücksichtigung der Gemeindegutsagrargemeinschaften*, in: "Jahrbuch für Geschichte des ländlichen Raumes", 6, 2009, 218–240.
- TIGRINO, Vittorio: *Risorse comuni*, in: "Quaderni storici", 52/155, 2017, 297–534.
- VON BLASCHKE, Wilhelm: *Ceschi a Santa Croce nach Urkunde und Quellen*, Wien 1954.
- ZANDERIGO ROSOLO, Giandomenico: *Laudi antichi e statuti nuovi*, in: CACCIAVILLANI et al. 2010, op. cit., 85–123.
- ZANDERIGO ROSOLO, Giandomenico: *I laudi delle Regole di Candide, Lorenzago e San Vito in Cadore*, Belluno 2013.
- ZANDERIGO ROSOLO, Giandomenico: *Vicende statutarie cadorine*, in: ID. (ed.), *Statuti della Comunità di Cadore*, Belluno 2022, 13–154.

Résumé

L’articul analisëia le status y le svilup storich dla proprieté coletiva sön l’ejëmpl dles *Regoles* tles valades dolomitiches dl Ciadura y d’Ampëz. Tl zënter él le tēmp danter le 16ejim secul y la Pröma vera mundiala, olache chēstes comunitàs alpines ê te n raiun de contat danter deplü sistems iuridichs. Te n raiun limitê dal punt d’odüda geografich á n sistem de proprieté coletiva, che ê tl pröm unitar, incuntê dui ordinamēnc statai desvalis y é spo gnü integrê. La rezeziun y l’interaziun danter formes coletives de proprieté y chedri normatifs statai ê condizionada da döes carateristiches zentrales: periferia – na destanza spaziala dai zēntri respetifs de referimēnt – y sintopia – la continuaziun paralela de n sistem iuridich y de proprieté che ê n iade omogen te contesc statai desfarēnc, mantignin inant relaziuns de barat danter i raiuns de rezeziun.

Tl Ciadura é le carater alodial di bēgns comunitars gnü defenü cun suzes contra i sforc de zentralisaziun dla Republica de Aunejia tl 17ejim y 18ejim secul. Cun la dominaziun napoleonica ál indere metü man n prozes de uniformaziun statala dl dērt, che s’á intensifichê cun l’afermaziun dl Stat nazional talian. De conseguēza á le vedl ordinamēnt iuridich coletif ma survit te na manira fragmentara. Elemēnc singui s’á mantigní olache les costelaziuns metaiuridiches – sciöche les condiziuns sozio-economiches o topografiches – ê plü adatades. Ala fin dl 19ejim secul él gnü a s’al dé la poscibilitê da integrê i contignüs y les strotöres terminologiches dles vedles *Regoles* te statuc comunai nüs – n prozes che ê l’unica opziun por podëi portê inant i vedli chedri normatifs tl cheder normatif dl Stat nazional talian.

Ampëz, che ê dal 1511 incá sot la dominaziun asburgica y despartí dal Ciadura, ê insciö rovê te na interaziun cun n’atra dominaziun, che s’á bel plan trasformê te n ordinamēnt statal. Bele tl 18ejim secul y indô tl 19ejim secul, do la parentesa napoleonica, â l’Austria ciarê da ti jí do a na politica rigorosa che despartiss les funziuns aministratives publiches dal’organisaziun patrimoniala dles comunitàs locales. N reconescimēnt formal dles *Regoles* é impormó gnü a s’al dé do che dötes les funziuns publiches ê passades ales istituziuns statales. Avis a chēsta despartiziun consecuēta danter l’eserzize dl’autorité publica y le patrimoine di ēnc locai á cherié la lerch strotorala por la continuitê dles *Regoles* y le mantignimēnt de gran pert de sü bēgns.

This essay examines the status and historical development of collective property through the example of the *Regoles* in the Dolomite valleys of Cadore and *Anpezo*. It focuses on the period from the sixteenth century to the First World War, during which these communities constituted a contact zone between different legal regimes. In this geographically confined area, a previously uniform system

of communal property encountered two distinct state orders and was gradually integrated into them. The interaction between collective property systems and emerging state structures in these regions was marked by both peripheral status and syntopy – i.e., the spatial remoteness from heartlands coupled with the continued existence of a formerly uniform communal property system within diverging legal frameworks, all while maintaining reciprocal influence.

In Cadore, the allodial nature of communal property was successfully defended against the centralising policies of the Venetian Republic during the seventeenth and eighteenth centuries. However, the Napoleonic period inaugurated an era of state-driven legal homogenisation, a process that continued under the Italian nation-state. As a result, the traditional legal order of collective property only partially endured. Certain elements persisted where metajuridical conditions were favourable. By the late nineteenth century, the substance and terminology of the historic *Regoles* were integrated into some new municipal statutes – this being the only form of legal continuity permitted under the institutional constraints imposed by the Italian state.

Anpezzo, part of Habsburg Lands since 1511 and hence separated from Cadore, came into contact with a different authority that evolved into a state legal system. From the eighteenth century onwards – and continuing into the nineteenth century after the Napoleonic interregnum – Austria systematically pursued a policy of disentangling public administrative functions over local communities from the patrimonial authority. Within this framework, the *Regoles* were only formally recognised once all public governance functions had been transferred to state-run institutions. This clear demarcation between public authority and communal property enabled the *Regoles* in *Anpezzo* to survive and retain a substantial portion of their assets.